



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

LEBEN

SEITE 18

**Das bietet die neue
Servicegesellschaft**

ARBEIT

SEITE 22

**Einen Sprachkurs
dank der IG Metall**

BEZIRK

SEITE 28

**John Deere: Era
sauber hingekriegt**

LOKALES

SEITE 30

**Kein Platz für
Nazis in Frankfurt**



Ausbildungsnot – Fachkräftemangel

Jetzt handeln

THEMEN IM HEFT



Foto: Markus Kirchgessner

**Die neue metallzeitung:
mehr Service und Infos**

Mit dieser Ausgabe erhalten alle Mitglieder die Zeitung der IG Metall von der Post nach Hause geschickt. Und das ist nicht die einzige Neuerung: Die **metallzeitung** erscheint in einem neuen, modernen Layout und künftig nicht mehr zehn sondern zwölf Mal im Jahr. Die neue Gestaltung bietet nicht nur mehr Bilder, Fotos und Illustrationen, sondern ist übersichtlicher und damit leserfreundlicher.

SEITE 14 BIS 15

Titelfoto: PhotoAlto



Foto: ImageSource

Europa / Beitritt der Türkei

Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Türkei müssen sich verbessern, fordert die IG Metall. **SEITE 7**



Foto: Andreas Fechner/laif

Kantinenessen

Was schmeckt ist meistens nicht gesund. Ratschläge, wie das tägliche Kantinenessen gesünder und fettarmer wird. **SEITE 20**



Foto: Jochen Frank

Marianne Lutz

Die ehemalige Steiff-Betriebsrätin erhielt das Bundesverdienstkreuz. Kein Wunder, sie ist Vorbild für viele Menschen. **SEITE 17**

Anzeige

Ohne Führerschein!

3 Euro in Briefmarken zusenden
- Prospektversand erfolgt!

10 15 25

www.gamma-fahrzeuge.de

C9

GAMMA MT9 • Elmespöten 10 • 59602 Rüthen
Tel. 02952/3304 • Fax 3309

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters,
Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiter:
Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne
des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela
Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner/
Marion Brunsfeld

Internet: www.igmetall.de/
metallzeitung

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.

Druck: apm AG, Darmstadt.

Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metallzeitung** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELLES

- 4 **Leiharbeit**
Die IG Metall will »Gleichen Lohn für gleiche Arbeit«.
- 5 **Erwerbsminderungsrente**
Die Rentenversicherung wehrt sich gegen ein Urteil.
- 6 **Eignungstest**
Innungen bereichern sich an der Not von Bewerbern.
- 7 **Aufbau statt Verlagerung**
Die Beschäftigten von IMI Norgren retteten ihre Jobs.
- 8 **Interview**
Gewerkschafter Stanislawski über rechte Politik in Polen.
- 9 **Pflaume des Monats**
Bundesbankpräsident Axel Weber

TITEL

- 10 **Ausbildungsnot und Fachkräftemangel**
Nur eine Ausbildungsquote kann den Betrieben helfen, fordert die IG Metall.

REPORTAGE

- 14 **Die neue metallzeitung**
So entstand die neue Mitgliederzeitung.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Marianne Lutz, engagierte »Steffianerin«.

- 18 **Service für Mitglieder**
Die neue Servicegesellschaft bietet attraktive Angebote.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Interview mit dem Kfzler Andreas Kleinschmidt
- 20 **Der gute Rat**
Kantinenessen soll schmecken und gesund sein.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Drei Tage im Apparthotel in Österreich

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Ausländische Beschäftigte wünschen Deutschkurs.
- 23 **Auch andere haben Ideen**
Erwerbslose erkämpfen Schulbücher für Kinder.
- 24 **Unsere Tipps**
Wie Werkstudenten mehr Rechte und Geld bekommen.
- 25 **So geht es besser**
Von der Montiererin zur Maschinenbedienerin.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Rapsöl als Biokraftstoff hat erhöhtes Krebsrisiko.
- 26 **Die Monatsökonomin**
Jutta Allmendinger über mangelhafte Bildung.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Arbeitslosenbeitrag

BEZIRK/LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales/Karikatur**

TARIFPOLITIK

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall,
über die egoistische
Tarifpolitik der
Lokführer, Piloten
und Ärzte.



Foto: Renate Schildheuer

»Die Starken sind für die Schwachen da«

Die IG Metall steht für eine solidarische Tarifpolitik, die sich für alle Beschäftigten einer Berufsgruppe einsetzt.

Die Piloten mit ihrer Vereinigung »Cockpit« fingen an. Die Klinikärzte im »Marburger Bund« folgten ihnen und jetzt haben die Lokomotivführer mit der »GdL« Schlagzeilen gemacht. Drei Berufsgruppen, die mit ihren Forderungen für Aufsehen sorgten.

Natürlich könnte auch die IG Metall einzelne Berufsgruppen in einen Arbeitskampf führen. Aber das ist nicht unser Weg. Der Weg der IG Metall nennt sich Solidarität. Unser Prinzip heißt: Die Starken sind für die Schwachen da. Die Facharbeiter für die Ungelernten. Die Vorarbeiter für die Bandarbeiter. Bei uns steht nicht der Einzelne für sich, sondern alle für das Gesamtwohl.

Das ist bei Cockpit anders. Dort interessieren sich die Piloten nicht für die Lage der Stewardessen. Auch die Ärzte beim Marburger Bund kämpfen nicht für die Krankenschwestern. Und die Lokomotivführer? Sie interessiert nur ihr eigenes Portemonnaie. Nicht ohne Grund legt die Satzung der IG Metall fest: »Zu-

sammenschluss aller im Organisationsbereich der IG Metall Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln; sie bezieht alle Mitglieder zur Unterstützung ein.« Dieses Prinzip macht uns nicht nur in Tarifkonflikten stark. Wir haben auch den Anspruch, die gesellschaftliche Entwicklung mit zu bestimmen.

Das Vorgehen von Cockpit, der GdL oder des Marburger Bunds sollte den Kritikern des Flächen-tarifvertrags die Augen öffnen: Wenn jede Berufsgruppe einzeln für sich kämpft, dann würde das in Deutschland für eine zerfledderte Tariflandschaft sorgen. Ist das gewollt? Da mache ich doch ein großes Fragezeichen.

Die IG Metall steht für eine solidarische Tarifpolitik für alle Beschäftigten einer Branche. In einer zerfledderten Tariflandschaft, in der jede kleine Berufsgruppe ihre eigene Politik verfolgt, befände sich das Land in ständigen Arbeitskämpfen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das für die Wirtschaft gut ist.

Jürgen Peters



Foto: Alexandra Umbach

Deutschkurs während der Arbeitszeit dank IG Metall

Eine vom Betriebsrat organisierte Befragung fand heraus: Kollegen beim Lkw-Teilehersteller Styria wollen Deutsch lernen. SEITE 22

»GLEICHES GELD FÜR GLEICHE ARBEIT«



Foto: Marcus Gloger / OKER

Überall suchen Zeitarbeitsfirmen, wie hier Randstad, Arbeitskräfte. Die Leiharbeitsbranche wächst seit Jahren.

Auch Leiharbeit muss sich lohnen

In vielen Betrieben breitet sich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft aus. Während Festangestellte Tarifgehälter bekommen, arbeiten ihre Leiharbeitskollegen oft für Mini-Löhne und ohne Zuschläge. Für das gemeinsame Ziel »Gleiches Geld für gleiche Arbeit« kämpft die IG Metall in den Betrieben und in der Politik.

Die Leiharbeit boomt wie kaum eine andere Branche. Zwischen 2004 und Juni 2006 nahm die Zahl der Menschen, die bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt waren, um mehr als 50 Prozent zu. Jeder vierte neue Job, der zwischen Mai 2006 und Mai 2007 entstand, war laut Bundesagentur für Arbeit ein Leiharbeitsverhältnis. Die Branche wächst nicht nur. Auch der Einsatz von Leiharbeitern verändert sich. Waren sie früher Feuerwehr, um Auftragsspitzen auszugleichen, ersetzen sie heute auch reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

Bei einer Betriebsräte-Befragung forderte die IG Metall in Nordrhein-Westfalen (NRW) zahlreiche Missstände in der Leiharbeit zu Tage. Manche arbeiteten Vollzeit für einen Teilzeitlohn, andere waren falsch eingruppiert. In den Unternehmen kämpft die IG Metall gemeinsam mit den Betriebsräten

für das Ziel »Gleiches Geld für gleiche Arbeit«. Bei den Leiharbeitern kommt das Engagement der IG Metall gut an. Seit Anfang des Jahres konnte sie in NRW unter ihnen 800 neue Mitglieder gewinnen.

Doch auch die Politik ist beim Thema Zeitarbeit gefordert. Denn erst die Hartz-Gesetze machen seit 2004 den unbefristeten Einsatz von Leiharbeitnehmern in einem Betrieb möglich. Damit verschafften sie der Branche einen kräftigen Schub. IG Metall-Betriebsleiter Detlef Wetzels startete in NRW gemeinsam mit der SPD-Landesvorsitzenden Hannelore Kraft die Initiative »Leiharbeit Grenzen setzen«. Beide sind sich einig, dass in der Leiharbeit Mindestlöhne gelten müssen und der zeitliche Einsatz von Leiharbeitern wieder befristet werden muss. Wie viele Menschen

das Thema bewegt, zeigte auch die Petition, die die IG Metall Dresden beim Petitionsausschuss des Bundestags eingereicht hat. Darin fordert sie unter anderem den Einsatz von Leiharbeitern auf ein Jahr zu begrenzen. Fast 45 000 haben die Petition unterzeichnet. Damit hat die IG Metall Dresden gute Chancen, vom Ausschuss angehört zu werden.

Infos für Leiharbeiter und Betriebsräte hat die IG Metall-Betriebsleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen im »Sozialreport Leiharbeit« zusammengestellt. Darin gibt es auch eine Checkliste zu den Rechten von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeitern. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung
 ► <http://www.igmetall-zoom.de>
 → Netzwerk für Leiharbeiter



Foto: Uwe Zuchni / dpa / pa

Am Bundessozialgericht in Kassel entschieden die Richter für die Rentner.

Urteil ausgebremst

Die Rentenversicherung weigert sich seit über einem Jahr eine Entscheidung des Bundessozialgerichts umzusetzen.

Für viele Rentner hätte das Urteil einen warmen Geldsegen bedeutet. Das Bundessozialgericht (BSG) hatte vor eineinhalb Jahren die Abschläge für Bezieher von Erwerbsminderungsrenten unter 60 Jahren beanstandet und die Rentenversicherung dazu verdonnert, die Renten nicht zu kürzen. Experten schätzen, dass das Urteil den Versicherten rund zwei Milliarden Euro pro Jahr bringen könnte. Fast 900 000 Rentner konnten auf etwas mehr Geld hoffen.

Doch die Deutsche Rentenversicherung Bund, früher Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), weigerte sich, die höchstrichterliche Entscheidung umzusetzen. Der Sozialverband Deutschland, der das Urteil erstritten hatte, reagierte erstaunt. Es sei höchst ungewöhnlich, dass die Rentenversicherung die Rechts-

auffassung des BSG infrage stelle. Selbst auf die Politik können die Versicherten in diesem Fall nicht hoffen. Sie gibt der Rentenversicherung Rückendeckung. »Das Arbeitsministerium begrüßt das Vorgehen der Rentenversicherung«, sagt Martina Krogmann, CDU-Bundestags-Abgeordnete.

Den Betroffenen bleibt zurzeit nur, den erneuten Klageweg abzuwarten. Die Sozialexperten der IG Metall raten, gegen Bescheide über Erwerbsminderungsrenten für Zeiten vor dem 60. Lebensjahr Widerspruch einzulegen oder bei bereits bindenden Bescheiden eine Überprüfung beim Rentenversicherungsträger zu beantragen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung

Weiter keine Einigung

IG Metall kritisiert endlose Debatte um Mindestlohn.

In der Diskussion um die Anhebung von Hartz IV brachte Arbeitsminister Franz Müntefering erneut den Mindestlohn ins Gespräch. Wer Hartz IV anheben wolle, müsse auch dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr so viel zu den Löhnen zuschießen muss, sagte Müntefering im Deutsch-

landfunk. Zurzeit gibt es mehr als 600 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Auch die IG Metall fordert einen Mindestlohn. Von der aktuellen Debatte verspricht sie sich allerdings nichts: So könnten beide Forderungen im Sande verlaufen. **fam**

Proteste stoppten Reform der Unfallrenten

Die für diesen Sommer geplante **Reform der gesetzlichen Unfallversicherung ist vorerst vom Tisch**. Grund sind offenbar Proteste von IG Metall und Arbeitsschützern, die das Reformprojekt scharf kritisiert hatten. So sollten zehn Prozent Einkommenseinbußen infolge eines Unfalls gar nicht mehr und Erwerbsminderungen von 20 Prozent nur noch pauschal mit 50 Euro entschädigt werden. Im August hatte die IG Metall mit der Aktion »Meld' dich mal beim Ministerium!« den Druck auf das Arbeitsministerium forciert. **fra**



Foto: U. Grabowsky / photothek

Ob kleine oder große Arbeitsunfälle: Es bleibt alles beim Alten.

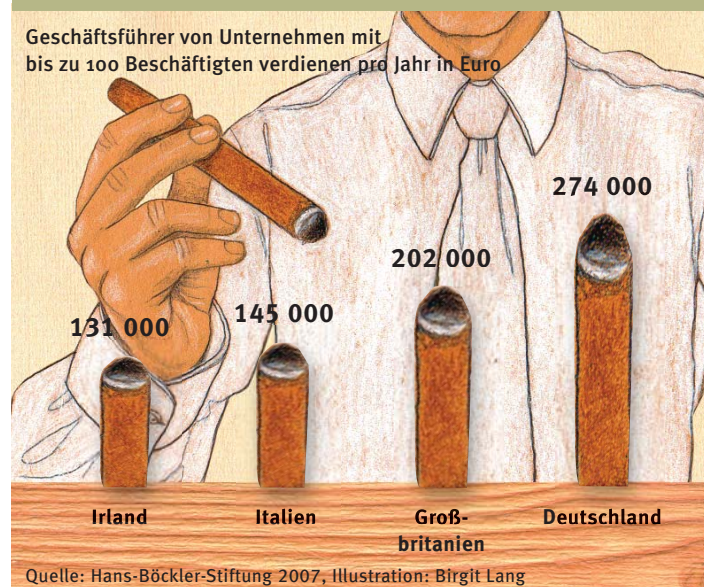
Avaya: Heuschrecken haben das Kommando

Avaya will zum 1. Januar 2008 aus dem Metall-Arbeitgeberverband austreten. Die Geschäftsleitung meint, dass mit dem Wandel vom Hardware- zum Software-Unternehmen keine Tarifverträge mehr nötig seien. Die IG Metall weist diese Begründung zurück: Das Bundesarbeitsgericht habe ja erst kürzlich Tarifverträge in der IT-Industrie als üblich bezeichnet. Avaya baut weiter Personal ab. Aktuell ist die Entwicklung betroffen. Die neue amerikanische Konzernleitung will Entwick-

lungskapazitäten nach Indien verlagern und zudem einen Strategiewechsel vom Breiten- geschäft hin zu Großkunden durchsetzen. Ein vom Betriebsrat in Auftrag gegebenes Wirtschaftsgutachten des Info-Instituts in Saarbrücken, das vor dem Ausverkauf von Kernkompetenzen warnt, wird ignoriert. Seit Juni haben die US-Finanzinvestoren Silver Lake und TPG Capital das Sagen. In den nächsten Monaten wollen sie ihr Zukunftskonzept vorlegen. Das Ende bleibt weiterhin offen. **th**

ZU HOHE MANAGERGEHÄLTER

Geschäftsführer von Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten verdienen pro Jahr in Euro



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2007, Illustration: Birgit Lang

EIGNUNGSTESTS

Noch eine Hürde mehr für Bewerber



Foto: Wolfgang Thiemme / dpa / pa

Vor der Ausbildung zum Eignungstest? Das will die Handwerkskammer.

Immer mehr Handwerksinnungen machen Geld mit so genannten Eignungstests für Ausbildungsplatzbewerber. Ohne Zertifikat haben die jungen Leute das Nachsehen.

Die Handwerkskammern praktizieren eine trickreiche Methode, um Bewerber für einen Ausbildungsplatz vorzusortieren. Sie bieten einen so genannten Eignungstest direkt in den Unternehmen an oder als individuelle Tests für Bewerber und Schulabgänger. Damit wird eine weitere zusätzliche Hürde für diejenigen aufgebaut, die zum Beispiel eine Lehrstelle als Zahntechniker oder Kfz-Mechatroniker suchen.

Die Einzelheiten der Grausamkeiten: Die Innung testet die Abgänger auf räumliches Denken, Allgemeinwissen oder technisches Verständnis, Konzentrationsvermögen und auch auf mathematische Kenntnisse – alles Fähigkeiten, die eigentlich bereits aus dem Schulzeugnis hervorgehen. Je nach Abschneiden bekommen die Prüflinge eine Art Zertifikat. Damit können sich die Geprüften dann bei den Innungsbetrieben bewerben.

Das Verfahren hat jedoch gleich mehrere Haken. Der »zertifizierte Test« kostet die Prüflinge Geld. Die Innungen berechnen verschiedene Sätze, die mal bei

16 Euro oder auch 39 Euro liegen können. Die Summe muss aus der eigenen Tasche vorgestreckt werden. Angeblich können sich die Bewerber das Geld später von der Agentur für Arbeit wieder holen.

Mit den Testgebühren versuchen die Innungen offensichtlich schwindende Mitgliedsbeiträge zu kompensieren. Die Leidtragenden sind die zahlreichen Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchen. Besonders skandalös ist, dass ohne ein Zertifikat der Innung die Absolventen häufig gar nicht mehr in die nähere Auswahl um eine Lehrstelle kommen.

Betriebsräte, deren Unternehmen solche Eignungstests vornehmen lassen oder ein entsprechendes Zertifikat verlangen, sollten unbedingt auf Mitsprache drängen, rät die IG Metall. Denn schließlich kann ein solcher Eignungstest nicht über eine Einstellung entscheiden. Ein solcher Test darf – wenn überhaupt – nur eines von mehreren Auswahlkriterien sein. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Broschüre zum Gewerkschaftstag

Anträge gibt es in den Verwaltungsstellen.



Die Broschüre »Zukunft braucht Gerechtigkeit« fasst alle Anträge und Entschlüsse zum Gewerkschaftstag zusammen.

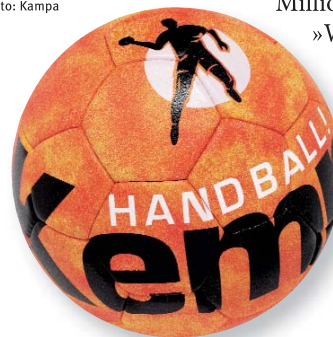
Die Anträge und Entschlüsse zum 21. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall sind in einer Broschüre zusammengefasst. Mitglieder können diese Broschüre ab sofort über ihre Verwaltungsstelle bekommen. Alle Delegierten erhalten die Anträge und die Entschlüsse mit ihren Teilnehmerunterlagen zum Gewerkschaftstag zugeschickt. **sro**

Trainer auf neoliberaler Welle

Heiner Brand wirbt als Sprachrohr von Gesamtmetall.

Heiner Brand, 55, Handballbundestrainer und mit seiner Mannschaft in diesem Jahr Weltmeister, übt auf fremden Parkett. Für die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM), von Gesamtmetall mit Millionen Euro geschmiert, wirbt er:

Foto: Kampa



»Wer Erfolg haben will, muss Reformen anschieben.« Mit Sportsgeist hat das allerdings nicht viel zu tun. Die INSM steht für Marktmacht und nicht für Solidarität. Dabei machten gerade Solidarität und Gemeinschaftssinn Brands Mannschaft so erfolgreich. **who**

Mehr als nur gerettet

Anfang Februar wollte IMI Norgren das Werk in Großbottlingen noch schließen. Nun werden die deutschen Standorte ausgebaut.

Sie haben gekämpft und gewonnen. Damit haben die Beschäftigten von IMI Norgren im baden-württembergischen Großbottlingen nahe Esslingen nicht nur ihren eigenen Standort gerettet, sondern alle deutschen Werke gestärkt.

Trotz schwarzer Zahlen sollte Großbottlingen geschlossen werden – daran hielt der Konzern zunächst hartnäckig fest. Die Proteste der Belegschaft und ihre Warnstreiks für einen Sozialtarifvertrag führten zum Sinneswandel. Der Hersteller von Pneumatik stand am Rande der Lieferfähigkeit. Die Kunden aus dem Nutzfahrzeugbereich machten enormen Druck. Im Mai kam der Durchbruch: Das Werk

bleibt nicht nur bestehen, sondern soll gestärkt werden. »Dieser Erfolg war nur mit der großen Geschlossenheit der Belegschaft und der Unterstützung der IG Metall Esslingen möglich«, sagt Betriebsratsvorsitzender Hermann Metzger.

Jetzt ist Norgren ganz umgeschwenkt: Die Stärken aller deutschen Standorte – darunter das Werk Fellbach und die Logistik in Alpen (Nordrhein-Westfalen) – sollen besser genutzt und ausgebaut werden. Die Konzernleitung hat verstanden, dass billige Lohnkosten nicht ausreichen, um auf dem Markt erfolgreich zu sein. Norgren hat sich das IG Metall-Motto zu eigen gemacht: Besser statt billiger. **uli**



Norgren-Beschäftigte kämpften erfolgreich um ihre Arbeitsplätze.

TELEFONAKTION

Fragen zur zusätzlichen Altersvorsorge?

Was ist eine Entgeltumwandlung? Habe ich Anspruch auf altersvorsorgewirksame Leistungen? Lohnt sich die Riesterrente für mich?

Habe ich eine Versorgungslücke im Alter? Ihr habt Fragen zu den Möglichkeiten zusätzlicher Altersvorsorge? Wir haben Antworten.

metallzeitung bietet am 10. September von 15 bis 19 Uhr eine Telefonaktion zu diesem Thema unter der kostenlosen Nummer

0800 – 4 46 38 25

Rechtsanwälte sowie ein Fachberater für die Metallrente, dem Versorgungswerk der IG Metall, stehen Rede und Antwort.



Foto: Image Source

Für EU-Beitritt Reformen entschiedener fortsetzen

Die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften sind in der Türkei noch nicht zufriedenstellend geregelt.

Die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union wird auf die lange Bank geschoben. Die EU-Ratspräsidentschaft Portugals und die Parlamentswahl Ende Juli haben die Debatte jetzt neu belebt. Obwohl alle EU-Mitgliedsstaaten den bisherigen Stadien des Beitrittsprozesses zugestimmt haben, ist eine Mitgliedschaft der Türkei höchst umstritten. Neben den Befürwortern gibt es aber auch Regierungen, die einen türkischen EU-Beitritt ablehnen – wie die österreichische Regierung und die französische Regierung unter Sarkozy.

Deutschland und damit auch die deutschen Gewerkschaften haben eine besondere Beziehung zur Türkei. Die IG Metall zählt 130 000 türkische Arbeitnehmer zu ihren Mitgliedern, davon sind 1600 Betriebsräte und 4000 Vertrauensleute. Zudem sind über 1000 deutsche Unternehmen in der Türkei aktiv. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber befürwortet den EU-Beitritt der

Türkei. Allerdings müssen dafür die Rechte für Arbeitnehmer noch dringend verbessert werden. »Sie können sich in der Türkei noch nicht frei organisieren«, erklärte Huber.

Besonders wichtig aus Gewerkschaftssicht ist die Umsetzung der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Also grundlegende Gewerkschaftsrechte wie Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen oder das Streikrecht sind noch gar nicht zufriedenstellend geregelt. Die Gewerkschafts- und Tarifverhandlungsgesetze behindern eine freie Organisation. Tarifverhandlungen laufen unter Kontrolle des Arbeitsministeriums. »Hier gibt es noch viel zu tun«, sagte Huber und forderte, dass die Türkei den begonnenen Reformprozess nach den Wahlen entschieden als bisher fortsetzt. Ein wichtiges Forum ist der Europäische Gewerkschaftsbund. Mehrere türkische Arbeitnehmerorganisationen sind Mitglied im EGB. **mh**

Viele Hürden für Arbeitnehmer und Gewerkschaften

In der Türkei existieren drei relevante Dachverbände von Arbeitnehmergewerkschaften. Für zahlreiche Branchen ist gewerkschaftliche Organisation jedoch verboten. Gewählte Betriebsräte im deutschen Sinne gibt es in der Türkei nicht. Für Tarifverhandlungen und Streiks gilt eine komplizierte Prozedur. Arbeitskämpfe sind praktisch nicht möglich. Weitere Informationen gibt es in der Broschüre der IG Metall »Länderprofil Türkei«, die elektronisch zu beziehen ist bei sema.yilmazer@igmetall.de.



Foto: Privat

Hans-Otto Wiebus,
Korrespondent der **metallzeitung**
im Bezirk Bayern.

Siemens vernichtet Jobs

Gestatten Löscher. Peter Löscher. Arbeitsplatz-Löscher. Oberster Ausverkäufer der Nation. Der neue Siemens-Chef ist seit zwei Monaten im Amt. Aber von einem Visionär ist er weit entfernt. Löscher hat es in diesen acht Wochen geschafft, sage und schreibe mehr als 10 000 Jobs akut zu gefährden. Bei VDO. Bei Nokia Siemens Networks. Und bei Siemens Enterprise Communications.

Geerbt hat er die Probleme von seinem Vorgänger Klaus Kleinfeld. Der musste zurücktreten, weil er angeblich nichts wusste von schwarzen Kassen, von Korruption. Jetzt soll alles anders werden. Doch eines bleibt beim Alten: die Arbeitsplatzvernichtung. Auf Siemens-Deutsch heißt das: »Fokussierte Portfoliopolitik«. Übersetzung: Was unter den Profitvorgaben des Vorstands bleibt, wird auf den Markt geworfen. Schlussverkauf bei Siemens. Selbst die Kernkompetenz verscheuert der Konzern. Die wertvollen Patente gibt es gratis obendrauf. Siemens machte das Telefon weltweit zum Alltagsgerät. Die Preise sinken? Weg mit dem Telefongeschäft. Siemens-Manager verpennten die Entwicklung bei den Handys? Die Belegschaft muss büßen und wird an einen unseriösen Partner verkauft.

Die Konzernmutter Siemens verhält sich gegenüber ihren Tochterfirmen noch schlimmer als die böse Stiefmutter im Märchen: Sie verkauft ihre Töchter und sieht zu, wie die ausgehungert oder gar zu Tode gebracht werden.

AKTUELL

ARBEITSBEDINGUNGEN UND GEWERKSCHAFTSARBEIT IN POLEN

»Lidl ist der schlimmste Arbeitgeber in Polen«

metallzeitung sprach mit Bojan Stanislawski, Gewerkschafter und stellvertretender Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung »Nowy Tygodnik Popularny«. Die »Neue Volkszeitung« ist die Zeitung des größten polnischen Gewerkschafts-Dachverbandes OPZZ.

metallzeitung: Unternehmen wie AEG fühlen sich in Polen offenbar wohl.

Stanislawski: Wahrscheinlich mögen sie unsere niedrigen Löhne und die langen Arbeitszeiten von durchschnittlich 2000 Stunden jährlich. In keinem Land der EU wird länger gearbeitet.

metallzeitung: Und das Entgelt?

Stanislawski: Das Mindestentgelt liegt bei 649 Sloty, umgerechnet sind das 130 Euro. Das reicht auch in Polen nicht zum Leben. Außerdem sind die Arbeitsverhältnisse meistens befristet. Verlängert werden die Verträge nur, wenn die Betroffenen kuschen. Das gefällt Konzernen. Für die sind die niedrigen Löhne und miserablen Arbeitsbedingungen in Polen ein Testfeld für Europa.

metallzeitung: Was unternehmen die Gewerkschaften?

Stanislawski: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in Polen bei nur zehn bis zwölf Prozent. Es gibt zahlreiche gewerkschaftsfreie Zonen, in denen Beschäftigte keine Rechte haben. Dort werden die Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtert. Und wer versucht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wird bedroht. Derzeit erfasst die Polizei gerade Material über die aktivsten Teilnehmer eines Krankenschwesternstreiks. Die Polizei versucht beispielsweise herauszufinden, wer Schulden hat. Auf diese Weise sollen die Aktivisten eingeschüchtert werden. Was die Arbeitsbedingungen betrifft, ist Lidl führend. Die Firma wurde von den Gewerkschaften gerade zum schlimmsten Arbeitgeber in ganz Polen erklärt.



Foto: Tomasz Peczoz / PAP / pa

Bojan Stanislawski kritisiert katholische Fundamentalisten.

metallzeitung: Unterstützt die Regierung die Gewerkschaften?

Stanislawski: Im Gegenteil, die Regierung greift die Arbeitnehmer an. Die Kaczynskys sind allerdings keine Verrückten, wie im Ausland oft geglaubt wird, sondern katholische Fundamentalisten. Wir erleben derzeit die schärfsten Angriffe der vergangenen 20 Jahre. Die beiden Brüder würden die Gewerkschaften am liebsten zerschlagen und haben auch schon damit ge-

droht, das OPZZ-Eigentum zu konfiszieren. Auch der 1. Mai steht auf der Abschussliste. Die wollen alles aus dem Weg räumen, was die freie Entfaltung der Wirtschaft behindern könnte.

metallzeitung: Angeblich nutzt die freie Wirtschaft den Arbeitnehmern...

Stanislawski: ...von wegen. Etwa 60 Prozent der Bevölkerung lebt am Existenzminimum, und rund 15

Prozent der Polen sind arbeitslos. Auch Hochqualifizierte. Bei den Jugendlichen sieht es noch schlimmer aus, da liegt die Arbeitslosenquote bei 40 Prozent. Das ist die höchste Quote in der gesamten EU. Im Grunde widerlegen die polnischen Verhältnisse das Märchen, dass neoliberales Wirtschaften allen nutzt. Die polnischen Arbeitnehmer haben nichts davon. Eher erinnern die Arbeitsbedingungen an die Zeiten der Barbarei.

metallzeitung: Vor wenigen Jahren war die Arbeitslosenquote noch höher?

Stanislawski: Ja, vor drei Jahren lag sie mal bei 22 Prozent. Aber der Rückgang beruht vor allem darauf, dass seitdem zwei Millionen Polen das Land verlassen haben. Die jungen Menschen sehen hier keine Zukunftschancen mehr. Allein in Großbritannien arbeiten doch fast mehr Polen als zu Hause im eigenen Land. Fakt ist, dass seit 2003 die Anzahl der abhängig Beschäftigten um fünf Millionen abgenommen hat und jeden Tag 1400 Arbeitsplätze vernichtet werden.

metallzeitung: Bringt der Anschluss an Europa den polnischen Menschen mehr Gerechtigkeit?

Stanislawski: Ja und nein. Wenn die polnischen Arbeitnehmer in ganz Europa beschäftigt werden, können sie eine Menge von den europäischen Gewerkschaften lernen. Ich bin sicher, dass diese Erfahrungen den polnischen Gewerkschaften auch zugutekommen. Derzeit haben Armut und Frustration in Polen viel vom gewerkschaftlichen Bewusstsein verbannt.

metallzeitung: Hilft europäisches Recht den Beschäftigten?

Stanislawski: Natürlich könnten uns europäische Gesetze helfen. Aber wir sind realistisch und sicher, dass die besten Gesetze allein nicht ausreichen. Zumal die Rechtsregierung längst weiß, wie Gesetze zu umgehen sind. Rechtliche Vorgaben der EU müssen einhergehen mit gewerkschaftlichem Druck auf unsere Regierung, in ganz Europa. Auch die Europäische Kommission muss helfen, die Repressionen der Kaczynskis zu unterbinden. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Nazi-Rocker ist Arbeitsrichter in Stuttgart

Nazi-Rocker Oliver Hilburger, bis Juli Betriebsratsmitglied bei Daimler in Untertürkheim, hat nach einem Bericht der **metallzeitung** seine Posten geräumt. Arbeitsrichter ist er immer noch.



Foto: Becker / Bredel

Am Arbeitsgericht Stuttgart spricht Hilburger Recht.

Oliver Hilburger, Landesvorstandsmitglied der arbeitgebernahen »Christlichen Gewerkschaft Metall« (CGM) in Baden Württemberg, ist eingeknickt. Erst hatte ihn der »Scheibenwischer«, die IG Metall-Zeitung bei Daimler in Untertürkheim, als Mitglied der Nazi-Band »Noie Werte« enttarnt. Dann machte die **metallzeitung**

Druck. Wenig später gab Oliver Hilburger sein CGM-Betriebsratsmandat zurück. Außerdem gab er seine Ämter als Mitglied des CGM-Landesvorstands, als Vertrauenskörperlleiter und stellvertretender

Vorsitzender der CGM-Betriebsgruppe auf.

Hilburger war nicht einmal bereit, sich während einer Betriebsratssitzung von den »Noie-Werte«-Texten zu distanzieren. »Der Kampf gilt auch der Linken, der ganzen roten Brut«, hetzt die Band, »doch wir werden sie besiegen, mit rechtem deutschen Blut«.

Betriebsräte hatten daraufhin eine »Erklärung« verfasst. Darin wird Hilburgers Verhalten als »nicht tragbar« kritisiert und jegliche Form nationalsozialistischer Ideologie abgelehnt. Die CGM-Vertreter unterschrieben nicht.

Inzwischen sickerte auch noch durch, dass Hilburger über die CGM als ehrenamtlicher Richter am Stuttgarter Arbeitsgericht mitentscheidet. Er spricht dort in der 17. Kammer Recht, die Vizepräsi-



Hilburger als Betriebsrat »untragbar«.

dent Reinhard Enz untersteht. Laut Richter Enz ist ein Ausschluss des Noie-Werte-Rockers und CGM-Funktionärs »rechtlich schwierig«. **fra**

PFLAUME DES MONATS

Museumsreifes Gedankengut

Axel Weber (Foto), der Präsident der Deutschen Bundesbank, benutzt anscheinend das hauseigene Geldmuseum in Frankfurt am Main, um neoliberales (Wunsch-)Denken zu verbreiten. Im Museumstrakt der Staatsbank steht ein Computer, an dem der Besucher aktiv werden kann. Und mächtig. An dem Gerät kann er spielerisch die Geldströme Deutschlands lenken. Wer dort »Gewerkschaft« anklickt, hat drei Optionen: Reallöhne senken, erhöhen oder gleich bleiben lassen. Sofort werden ihm die »Auswirkungen« auf Wirtschaftswachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit grafisch vor Augen geführt. Erhöht er die Reallöhne, stürzt das Wachstum ab, Inflation und Arbeitslosigkeit schnellen nach oben. Was passiert, wenn er stattdessen die Reallöhne senkt, ist leicht zu erraten: natürlich genau das Gegenteil. Die platte und falsche Botschaft: Sind die Löhne unten, wird alles gut. Aber immerhin eines ist richtig an der Computernummer: Solches Gedankengut gehört ins Museum.



Foto: Arne Dedert / dpa / pa

IN KÜRZE

Mann sein lohnt sich

Der Unterschied wird einfach nicht kleiner. Noch immer verdienen Frauen deutlich weniger als Männer. Im europäischen Durchschnitt betrug der Abstand vor zwei Jahren 15 Prozent. Das waren gerade einmal zwei Prozentpunkte weniger als zehn Jahre zuvor. In Deutschland ist der Abstand zwischen den Geschlechtern noch deutlich größer. Hier verdienten Frauen im Jahr 2005 sogar 22 Prozent weniger als Männer. Nur in drei Ländern der Europäischen Union (EU) lagen Frauen noch weiter hinter den Männern, in der Slowakei, Zypern und Estland. Angesichts des Schnecken tempos, in dem sich die Einkommen von Frauen und Männern annähern, erwägt EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla, die 30 Jahre alte EU-Richtlinie zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen zu verschärfen. **fam**

ALTERNATIVEN ZUR MISERE

Facharbeiter fallen nicht vom Himmel

Jahrelang haben die Betriebe ihre Ausbildungspflichten vernachlässigt und Zehntausende Jugendliche ins Abseits gestellt. Diese Sparerei rächt sich jetzt: Denn seit die Wirtschaft wieder brummt, fehlt plötzlich das erforderliche Fachpersonal. Die IG Metall fordert eine Ausbildungsquote von mindestens sieben Prozent in allen Branchen und Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche – statt fertige Fachleute aus dem Ausland zu importieren.

Am Montag, 9. Juli, kurz vor elf, war vorm Nürnberger Jugendzentrum »Luise« schon richtig was los. Von der Ladefläche eines DGB-Mietlasters hämmerte Techno-Rock. Davor warteten einige hundert Jugendliche ungeduldig, dass die Demo rüber zur Bundesagentur für Arbeit (BA) beginnt. Die meisten hielten weiße DIN-A3-Bögen in der Hand, die ihre Bewerbungskarrieren dokumentierten: »Alexandra, 16. Suche seit Juni 2006 eine Lehrstelle als Bürokauffrau.«

Auch Berufsschullehrer hatten sich einge-reiht, viele mit einer Ordnerbinde am Arm. Norbert Raeske etwa unterrichtet an der Berufsschule 1, Klasse »Berufsvorbereitungsjahr«. Eine von vier Klassen an der »1« mit Bewerbern in der Warteschleife. »Wir vermitteln Grundqualifikationen für Metall- und

Elektroberufe«, erklärt Lehrer Raeske, »trotzdem haben viele noch keinen Ausbildungsplatz.« Also ist es Zeit, Druck zu machen.

Denn nicht nur in Nürnberg auch in anderen Städten haben abgehängte Jugendliche den Politikern eingeheizt:

■ In Mainz pochten Ende April rund 1000 Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz auf ihr Recht für einen Ausbildungsplatz. Ihre Forderungen schrieben sie auf eine Wandzeitung und übergaben sie anschließend Landtagsabgeordneten.

■ In Düsseldorf demonstrierten 1200 Jugendliche gegen den »Ausbildungsschwund« in NRW. Nur noch 31 Prozent der Betriebe bilden dort aus. 110 000 Jugendliche unter 25 Jahren sind arbeitslos.

■ In Hamburg forderten mehrere hundert Schülerinnen und Schüler auf dem Rathausmarkt »Ausbildung für alle« und eine Umlage für Betriebe, die nicht ausbilden.

■ Vor dem Berliner Roten Rathaus haben 4000 Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Gewerkschaften Druck gemacht.

Sehen die Berliner Politiker denn nicht, dass sich Jugendliche kurz vor Ausbildungsbeginn immer noch die Hacken nach Lehrstellen ablaufen und rund 210 000 Lehrstellen fehlen, wie Klaus Heimann, Bereichsleiter beim IG Metall-Vorstand, schätzt?

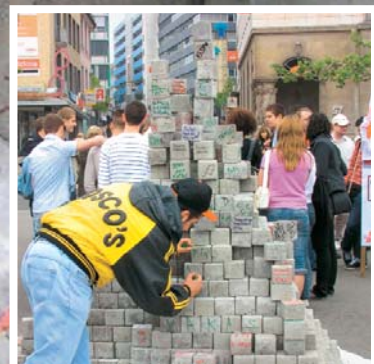


Foto: DGB

Jugendliche in Nürnberg beim Protestmarsch zur BA. Sie wollen nicht in die Warteschleife, die sich Berufsvorbereitungsjahr nennt.



Foto:DGB



ALTERNATIVEN ZUR MISERE

»Der Ausbildungspakt wirkt«, machte Ilse Aigner, bildungspolitische Sprecherin der Unions-Fraktion im Bundestag, noch im Sommer gut Wetter, »die Lage auf dem Lehrstellenmarkt entspannt sich.« Viele Bewerber müssen die Parole wie einen Schlag ins Gesicht empfunden haben. Weil nicht einmal jeder dritte Metall-Betrieb ausbildet, sind immer mehr Schulabgänger zu Warteschleifen verdammt. Allein im vergangenen Jahr spuckte das System 160 000 Bewerber wieder aus. Die Folge sind Heerscharen jugendlicher Arbeitsloser ohne vernünftige Perspektiven.

Dabei hätten sich die Berliner Bildungsexperten nur mal hinüber zum Brandenburger Tor bewegen müssen. Bei einem Roundtable-Gespräch unter freiem Himmel, vom DGB organisiert, berichteten Jugendliche Ende Juni vom richtigen Leben. Zum Beispiel Jeremy Hirche. Der 19-Jährige aus Berlin informierte darüber, dass er seit fünf Jahren eine Lehrstelle als Anlagenmechaniker sucht. Er schreibt Bewerbungen, ist flexibel bei der Berufswahl, versucht über Praktika Fuß zu fassen – nichts. Jens Balzer aus Dormagen, der Zerspanungsmechaniker lernen will, musste schon 70 Absagen verkraften. »Ich kämpfe weiter«, kündigte der Rheinländer an.

Zerspanungsmechaniker? Das ist ein gefragter Beruf. Und dass Jens Balzer keinen Ausbildungsplatz findet, zeigt, wie borniert die Betriebe sind. In den vergangenen drei Jahren haben sie die Anzahl der Ausbildungsplätze in diesem Schlüsselberuf um zwölf Prozent gedrückt. Jetzt ist die Anzahl offener Stellen doppelt so groß wie die der angebotenen Lehrstellen – absurd.

Dass sich solch ein Abbau von Ausbildung nicht rechnet, spüren inzwischen viele Betriebe: Seit die Wirtschaft brummt, fehlen Fachkräfte. In Süddeutschland hetzen Betriebe bereits Headhunter hinter Metall- und Elektrofachleuten her. »Der Arbeitsmarkt ist leer«, klagt Jürgen Kerner, Augsburgs Erster Bevollmächtigter der IG Metall, »und das Geschwätz vieler Arbeitgeber von der angeblichen Ausbildung über den Bedarf hinaus verstummt.« Im Norden sieht es auch nicht besser aus. »Es ist absurd, das Ausbildungsplatzangebot seit Jahren zu reduzieren und gleichzeitig den Mangel an qualifizierten Beschäftigten zu beklagen, für den man selbst verantwortlich ist«, ärgert sich IG Metall-Betriebsleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hartmut Meine.

Die Engpässe sind da und behindern den Aufbau von Beschäftigung. »Im Südwesten und in der Mitte Deutschlands könnte das

Fußballspielen statt lernen

2006 erhielten rund 160 000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Davon waren



Unternehmen sofort 30 oder 40 Fachkräfte einstellen«, klagt Reimund Lingstädt, stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Deutschlands führendem Gebäudeausrüster Imtech, »aber wir kriegen einfach keine.« So rächen sich die Fehler der Vergangenheit. Dabei liegt der Anteil der gewerblichen Auszubildenden bereits bei überdurchschnittlichen sechs Prozent. »Wir müssen künftig noch mehr tun«, klagt Lingstädt, »Imtech hat sich bei der Ausbildung zu lange zurückgehalten.«

»In zehn Prozent der deutschen Betriebe ist die Produktion beeinträchtigt weil Facharbeiter fehlen.«

Leiharbeiter oder Aushilfen mit Werkverträgen könnten die Löcher zwar stopfen. Aber das ist teuer. »Wegen Nacharbeiten müssen wir aus ganz Deutschland qualifizierte Leute ankarren«, berichtet ein Betriebsratsmitglied, »das erhöht die Kosten.«

Auch andere Betriebe wursteln vor sich hin. In zehn Prozent der Unternehmen, jammert Gesamtmetall-Geschäftsführerin Heike Kunstmann, sei die Produktion beeinträchtigt, weil Facharbeiter fehlen. Beispielsweise beim Werkzeughersteller Schiess in Aschers-

leben, der 320 Beschäftigte hat. Obwohl das Werk selbst 15 Lehrlinge ausbildet, fehlen Facharbeiter. »Wir wachsen und stellen permanent Leute ein«, sagt Betriebsratsvorsitzende Sabine Schulze, »aber es ist schwierig, gute Leute zu finden.« Elektromonteur fehlen, auch Maschinenbauschlosser. Bundesweit hat die Firma annonciert – ohne Erfolg. Jetzt müssen fachfremde Umschüler ran. Schulze: »Die bilden wir dann noch einmal aus, und zahlen Facharbeiter-Entgelt.«

Ingenieure sind ebenfalls rar. Die Geschäftsleitung der Siemens-Power-Generation zum Beispiel zahlt bereits Prämien an Beschäftigte, die akquirieren. Wer einen Fachmann mit Hochschulabschluss einfängt, erhält 3000 Euro Belohnung. »Allein in Mülheim gibt es 150 offene Stellen«, klagt Betriebsratsvorsitzender Pietro Bazzoli. Insgesamt hat der Konzern eine Lücke von 3000 Ingenieuren ausgemacht. Bundesweit, schätzt der »Verband Deutscher Ingenieure«, können derzeit 50 000 offene Stellen nicht besetzt werden.

Oder der IT-Bereich: Dort fahren die Unternehmen ihre Ausbildungsbemühungen seit 2002 zurück. Schlossen 2002 in den vier IT-Berufen Systemelektroniker, Fachinformatiker, Systemkaufmann oder Systemkauf-

frau und Informatikkaufmann oder Informatikkauffrau noch 16 000 Azubis Ausbildungsverträge ab, waren es vergangenes Jahr nur noch 14 800. »Anstatt den Mangel an qualifiziertem Nachwuchs auf andere zu schieben, sind die Arbeitgeber in der Pflicht, mehr Ausbildung bereit zu stellen«, kritisiert IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner.

Bei »Pflicht« hören die Arbeitgeber gerne weg. Also macht die IG Metall mit einer Fachkräfte-Offensive Druck. Neben mehr Ausbildungsplätzen sieht sie auch ausbildungsorientierte Studiengänge und Fortbildungen für erwerbslose Ingenieure vor (siehe Kasten). Immer mehr Bezirke wie beispielsweise Niedersachsen und Baden-Württemberg fordern, dass es tarifliche Regelungen für diejenigen gibt, die betriebliche Ausbildung und Studium kombinieren.

Der aktuelle Vorstoß der Union, die Lücken über den Zuzug ausländischer Fachkräfte zu schließen, wirkt da eher kontraproduktiv. Denn wenn die fertigen Fachleute aus dem Ausland importiert werden, vernachlässigen die Betriebe

Das fordert die IG Metall

- Eine Ausbildungsquote von 7 Prozent in allen Branchen.
- Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche.
- Umlagefinanzierung: Betriebe, die nicht ausbilden, müssen zahlen.
- Rücknahme der Studiengebühren, Förderung dualer Studiengänge, bessere Praxisphasen und Praktika für die Studierenden.
- Weiterbildungsmaßnahmen für erwerbslose und ältere Ingenieure.
- Eine Schule für alle, in der die Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden.
- Unqualifizierte Erwerbslose zwischen 25 und 45 Jahren brauchen eine zweite Chance. Daher ist ein einmaliger Ausbau außerbetrieblicher Einrichtungen anzustreben.
- Auch Leiharbeitsfirmen müssen aus- und weiterbilden.

bei in Deutschland ihre Qualifizierungspflichten noch stärker als bisher. »Langzeitarbeitslose und junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, müssen die derzeitige Zuwanderungsdebatte als zynisch empfinden«, kritisiert Hannovers Bezirksleiter Hartmut Meine zu Recht.

Das sehen auch die Betroffenen so. »Ein Extraprogramm sofort«, verlangte etwa Nürnbergs DGB-Vorsitzender Stefan Doll bei der Jugend-Demonstration vor der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BA). Und wer zahlt? »Die BA aus ihren Überschüssen«, rief Doll den Schülern zu, »das ist unser Geld. Geld, das Eure Eltern eingezahlt haben.« Die Betriebe dürfen sich weiter drücken? Doll: »Wer nicht ausbildet, soll zahlen.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

- www.igmetall.de/metalzeitung
- www.ausbildung-für-alle.de
- www.jugend.igmetall.de
- www.igmetall-wap.de
- www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de

Stellenangebote bei der Kölner Arbeitsagentur: Fachkräftemangel behindert Beschäftigungsaufbau.

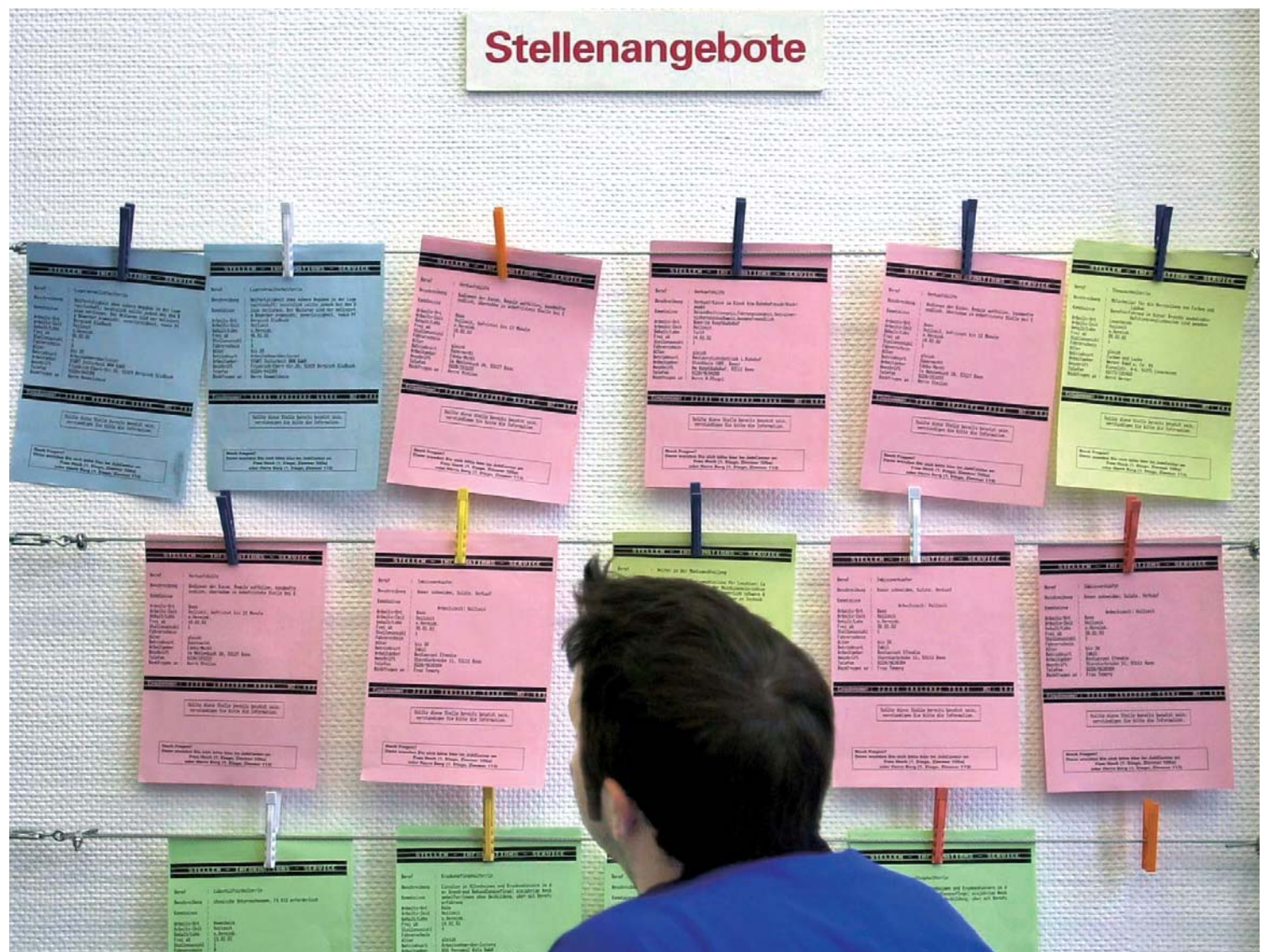


Foto: Christoph Papsch / vario images

SO ENTSTAND DIE METALLZEITUNG

Auf den Weg gebracht



Briefträgerin Monika Tyll von der Deutschen Post verteilt die **metallzeitung** in Frankfurt.

Viele Kolleginnen und Kollegen waren beim Entstehen der neuen **metallzeitung** beteiligt. Jetzt ist sie da: mit neuem Gesicht, neuem Namen, mehr Service, mehr Internet und Möglichkeiten zum Mitmachen. Und noch eine Änderung gibt es: Jedes Mitglied bekommt die **metallzeitung** nach Hause.



Foto: Michael Schinke

Alle Entscheidungen zur neuen **metallzeitung** wurden vom Vorstand der IG Metall getroffen. In mehreren Sitzungen legte der Vorstand die neue Richtung fest.



Foto: Michael Schinke

Reinhold Weißmann, Leiter des Vertriebs, hat alle Hände voll zu tun, die neue Zeitung auf den richtigen Weg zu bringen. Unterstützt wird er von Kolleginnen der Verwaltungen, die sich auf einer Vertriebskonferenz trafen.



Foto: Michael Schinke

Die Redaktion trifft sich mit den Produzenten Volker Ströhler, Ralf Conzen und Fabian Hilgendorf (von links) von der apm in Darmstadt. Die neuen Abläufe in der Druckvorstufe müssen festgelegt werden.



Foto: Michael Schinke

Bei der wöchentlichen Redaktionssitzung der **metallzeitung** wird besprochen, wie die engere Zusammenarbeit mit der Online-Redaktion künftig laufen soll.



Foto: Michael Schinke

Georgios Arwanitidis (links) Fachbereichsleiter und Pressesprecher der IG Metall, Susanne Rohmund und Ressortleiter Werner Hoffmann begutachten die **metallzeitung**-Ständer für die Betriebe.



Foto: Torsten Heidrich

Gestalterin Gudrun Wichelhaus und Bildredakteur Michael Schinke haben die Qual der Wahl. Welche Fotos passen am besten zum neuen Layout?



Foto: Michael Schinke

An der Druckmaschine werden die Farben ein letztes Mal überprüft. Dabei: Gudrun Wichelhaus sowie Thomas Mackus (von links), Michael Uwe Weiß und Holm Schneider von der apm.



Foto: Michael Schinke

Kollegin Anita Debus-Kilian sucht falsche Adressen. Nur wenn der Fehler behoben werden kann, gibt es die **metallzeitung** per Post nach Hause.

Der Auftrag des 20. Gewerkschaftstags der IG Metall war klar formuliert: Print- und elektronische Medien müssen verknüpft werden. Schritt für Schritt wurde dieser Auftrag umgesetzt: zuerst die Verbesserung des Internets und jetzt die neue **metallzeitung**.

Im Spätsommer vergangenen Jahres startete die Redaktion und die Kollegen aus der Abteilung Mitgliederentwicklung eine Leserumfrage. Sind die Mitglieder zufrieden mit ihrer **metall**? Im Großen und Ganzen ja, lautete die Antwort. Aber, das Layout könnte moderner sein. Die Befragten wünschen sich die Zeitung nach Hause. Mehr Service standen ebenfalls auf der Wunschliste ganz oben. Die Redaktion begann, das Layout neu zu gestalten und mehr Platz für Ratschläge sowie Service zu schaffen. Außerdem wurden Zeitung und Internet besser vernetzt.

Unter www.igmetall.de/metallzeitung gibt es künftig eine Liste, die über die gedruckten Artikel hinaus noch viele Infos bietet.

Im April beschloss der Vorstand alle neuen Eckpunkte des Konzepts:

- Zwölf Mal im Jahr erscheint die neue Zeitung, statt wie bisher zehn Mal.
- Sie heißt künftig wieder **metallzeitung**, fast so wie zu ihrer ersten Ausgabe am 15. September vor 124 Jahren als sie noch »Deutsche Metallarbeiter-Zeitung« hieß.
- Alle Mitglieder bekommen sie nach Hause.
- Ab Januar 2008 erhalten die Leserinnen und Leser über zusätzliche Beilagen noch mehr Informationen über ihre IG Metall vor Ort.

Seit April sind die Zeiten für Redaktion und Vertrieb aufregend: Schließlich müssen die mehr als zwei Millionen Adressen aller IG Metall-Mitglieder stimmen. Die **metallzeitung** ist übrigens mit einer Auflage von rund 2,2 Millionen Exemplaren eine der größten Zeitungen Deutschlands und die weltweit auflagenstärkste Gewerkschaftszeitung. Und: Sie wird in 59 Länder verschickt – überallhin wo Mitglieder wohnen. Der weiteste Weg ist Australien. Dort kommt sie erst Mitte September an. Dann ist die Redaktion der **metallzeitung** – mit Hilfe der kritischen Anregungen durch Leserinnen und Leser – schon wieder dabei, die nächste, noch bessere Ausgabe zu erstellen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Viele Kolleginnen und Kollegen

haben sich sicher beim Blick in den Briefkasten gewundert. Neben der üblichen Post lag dort auch eine neue **metallzeitung**. Sie sieht nicht nur anders aus, seit diesem Monat kommt sie mit der Post nach Hause. Beides ist neu und mit beiden Veränderungen machen wir, die IG Metall, einen weiteren wichtigen Schritt zu mehr Informationen und besserem Service für euch, unsere Mitglieder. Denn: Trotz des Siegeszugs des Internets liest die Mehrheit der Menschen nach wie vor am liebsten eine gedruckte Zeitung. Das gilt auch für unsere **metallzeitung**.



Foto: Michael Schinke

Ab diesem Monat erscheint sie in einem neuen Kleid – Fachleute sprechen vom »Layout«. Und sie erhielt einen neuen Namen. Statt wie bisher **metall** heißt sie nun **metallzeitung**. Warum das Ganze? Wir bieten euch mit unserer Zeitung mehr Informationen und Service. Wir geben euch einen anderen Blick auf Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt. Und: Wir zeigen euch, warum es sich lohnt, Mitglied bei uns zu sein.

Die neue gestalterische und inhaltliche Richtung ist aber nur ein Teil der Veränderung. Wir haben uns auch entschieden, unsere Zeitung nicht wie bisher im Betrieb zu verteilen, sondern an jeden Einzelnen nach Hause zu schicken. Diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht. Jahrzehntlang haben unsere Vertrauensleute die **metallzeitung** an unsere Mitglieder verteilt. Dabei entstanden wichtige Kontakte und Diskussionen. Und an dieser Stelle sei allen, die diese Aufgabe bisher so leidenschaftlich erledigt haben, ein großes Dankeschön gesagt.

Aber, seien wir ehrlich, die Aufgaben der Betriebsräte und Vertrauensleute werden immer umfangreicher. Es blieb kaum noch Zeit, die Zeitung zu verteilen. Doch das heißt nicht, dass sich die **metallzeitung** völlig aus den Betrieben verabschiedet. In Betriebsratsbüros oder in Pausenräumen wird sie in kleiner Stückzahl weiter präsent sein.

Ich hoffe, dass euch die neue Zeitung gefällt. In der nächsten Ausgabe werden wir möglichst viele eurer Briefe und Anregungen veröffentlichen. Auf eure Kritik aber auch auf euer Lob sind wir gespannt.

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Was findet ihr gut an der neuen **metallzeitung**? Was gefällt euch überhaupt nicht? Eure Meinung ist uns wichtig. Schreibt uns metallzeitung@igmetall.de oder ruft uns werktags von 9 bis 16 Uhr an unter **0800-4 46 38 25**. Bitte meldet euch auch, wenn eure Adresse nicht stimmt. Nur so können wir euch die Zeitung nach Hause schicken.

DER LESER HAT DAS WORT

Gewaltiger Staatsumbau**metall 7-8/2007, Titel,****»Demokratie in Gefahr«:**

Die Gefahr geht weit über die Überwachung hinaus. Wir haben es mit einem gewaltigen Staatsumbau zu tun. Die Bundeswehr wird im Inland eingesetzt, letztendlich geht es auch gegen Streikende und die eigene Bevölkerung.

Heinz Klee, Frankfurt am Main

Was zwei Diktaturen auf deutschem Boden nicht geschafft haben, erledigt ein durch auf ihn verübtes Attentat traumatisierter Innenminister. Er sieht in jedem Deutschen einen Attentäter, und dementsprechend wird Dank der großen Koalition (die SPD hat die FDP noch rechts überholt) jedes Anti-Terrorgesetz durchgepeitscht. Was waren das noch für Zeiten, als sich allein schon wegen der Volkszählung Widerstand regte. Orwell hat in seinem Buch nicht im Entferntesten daran gedacht, was sich unsere Koalitionäre im Ausspionieren der Bürger ausdenken.

Bernd Walljes, Oldenburg

Es geht um noch viel mehr, als »nur« den Überwachungsstaat oder einen paranoiden Innenminister, der inzwischen auch den präventiven Mord und die präventive Internierung für potentielle »Gefährder« propagiert. Was in diesem Land passiert – und das ist es, was uns noch viel weiter gehende Sorge bereitet – ist, dass an (noch) bestehenden Gesetzen und Grundrechten und an jedweder parlamentarischer Kontrolle vobei der ganze staatliche Gewaltapparat umgekrempelt wird. Dass offen gegen bestehendes Recht agiert wird und dann, wenn überhaupt, im Nachhinein die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Es ist daher nicht »nur« die »Demokratie in Gefahr«. Es gibt gerade in unserer Geschichte erschreckende Parallelen zu den Ermächtigungsgesetzen, wie sie nicht nur Herr Schäuble »präventiv«

durchpeitschen will. Und aus sehr gutem Grund wurden diesem Deutschland nach der Niederschlagung des Faschismus jene Auflagen gemacht, die es heute – unter dem Vorwand des Terrorismus – ungestraft über den Haufen wirft, wie das verfassungsmäßige Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten, der Umbau des Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei, der Aus- und Umbau der Bundeswehr für weltweite Einsätze sowie Einsätzen nach Innen und die Grundrechtseinschränkungen bei den Hartz-Gesetzen.

Ralf Wilke, Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung, Daimler-Chrysler, Werk Bremen**Wichtige Aufklärung****metall 7-8/2007,****»Gewalttäter, Rassisten, Gewerkschaftshasser«:**

Ich bin Leser Ihrer Zeitschrift, seit 1992 IG Metall-Mitglied und Betriebsrat in unserem Betrieb. Ich wollte Ihnen nur einmal

sagen, dass ich die Berichterstattung gerade in der aktuellen Ausgabe, sehr gut finde. Es ist wichtig, dass die Menschen unter anderen über die Themen »Überwachung durch den Staat« und »Neonazis« informiert beziehungsweise wachgerüttelt werden. Allerdings kann ich dabei nicht verstehen, warum unser Staat da tatenlos zuschaut und solche Aufmärsche nicht verhindert und sie auch noch ermöglicht.
Joachim Koch, Lebach

Der Absatz »Angriffe auf Gewerkschaften« fand meine besondere Aufmerksamkeit – die allerdings nicht ohne Grund. Ich bin eine jener Personen, die an jenem Abend im November 2006 in

Hamburg-Wandsbek als offizieller Veranstaltungshelfer des DGB und Metaller eine Schutzfunktion für die Veranstaltung ausübten. Der geschilderte Ablauf der Ereignisse ist sehr gut beschrieben. Allerdings ist für mich (und die anderen Personen mit der gleichen Funktion) ein Umstand bei weitem unangenehmer als die Konfrontation mit den Nazis, nämlich das Verhalten der Polizei. Wie ganz richtig beschrieben, gab es durch das Verhalten der Polizei keine andere Möglichkeit als die Veranstaltung abzusagen, ein Skandal ohne gleichen, der für die Polizeiführung ein juristisches Nachspiel hat.

Olof Rathjens, Hamburg**MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG**

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: entweder per E-Mail an **metallzeitung@igmetall.de** oder aber auch per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen.

DAS LESERFOTO

Fotowettbewerb für Mitglieder der IG Metall

Foto: Walter Ziech

Schicke uns ein Digitalfoto zum Thema: »Mein Foto aus der Arbeitswelt.« Für die Veröffentlichung in der **metallzeitung** gibt es ein kleines Geschenk. Nähere Informationen erhältst du unter: ► **www.igmetall.de/metallzeitung**

ZU BESUCH BEI ...

Marianne Lutz

»Das Beste ist gerade gut genug, insbesondere wenn es um Arbeitnehmerrechte geht.« So übte Marianne Lutz 23 Jahre lang ihr Amt als Betriebsratsvorsitzende bei Steiff und als Arbeitnehmervertreterin in vielen Funktionen aus. Auf ihrer ersten Betriebsversammlung schuf sie den Begriff »Steiffianer«, der bis heute als Markenzeichen bei der Belegschaft gilt.

Als Marianne Lutz vor mehr als 44 Jahren im jugendlichen Alter von 18 bei der Firma Margarete Steiff in Giengen an der Brenz anfang, ahnte keiner, dass sie ein gewerkschaftliches Urgestein werden würde.

Nach sechs Monaten betrieblicher Näh-ausbildung schaffte sie als Akkordarbeiterin in der Näherei. Mit Gewerkschaftsarbeit hatte sie zunächst nichts am Hut. »Im Betriebsrat saßen alles Männer«, erinnert sie sich. Als die IG Metall 1972 den »Lohnrahmen II« in Baden-Württemberg durchsetzte, kam Marianne Lutz auf den Geschmack: »Der Vertrag hat mich interessiert«. Steiff gehörte »wegen des (Metall-)Knopfs im Ohr« zum Organisationsbereich der IG Metall und der Tariferfolg galt auch für »ihren« Betrieb. Doch als sie den neuen Vertrag sehen wollte, ließ der damalige Betriebsratsvorsitzende sie abblitzen: »Das geht dich nichts an.«

So machte sie Bekanntschaft mit der IG Metall. Sie ging direkt zum damaligen Bevollmächtigten der IG Metall Heidenheim Siegfried Pommerenke, »um mir den Vertrag zu holen«. Der nahm sie erstmal in die IG Metall auf. Ihr nächster Schritt: mitmachen bei den IG Metall-Frauen, dann bei den DGB-Frauen. »Na wie ist's, lässt man sich aufstellen?«, wurde sie gefragt, als 1975 der Steiff-Betriebsrat neu gewählt wurde. Sie zögerte zunächst: »Ich war ja bloß in der Näherei, mich kannte doch keiner«, sagt sie. Doch dann trat sie an und wurde als drittes Ersatzmitglied gewählt. Drei Wochen später rückte sie als ordentliches Mitglied in den Betriebsrat nach. Danach erreichte sie bei jeder Wahl mit Abstand das höchste Ergebnis.

Am 1. April 1978 trat die Firma Steiff dem Arbeitgeberverband Textil bei. »Unsere Beschäftigten waren damit Mitglieder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB), deren Tarifverträge für uns Gültigkeit erlangten«, sagt sie. »Aber auf dem Tag genau 20 Jahre kehrten wir wieder in die IG Metall zurück.« Der Grund: IG Metall und GTB taten sich zusammen. In der Zwischenzeit war Marianne Lutz aufgestiegen. 1982 wurde sie freigestellte Betriebsratsvorsitzende, als erste Frau in einem Betrieb, der rund 85 Prozent



Marianne Lutz mit Plüschtieren im Steiff-Museum, das heute ihr ganzer Stolz ist.

Frauen beschäftigte, zwölf Jahre später Konzernbetriebsratsvorsitzende. »Ab dem Moment hat die Frau ihren Mann gestanden«, sagt Rudi Neidlein, ehemaliger Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Heidenheim.

Marianne Lutz erhielt immer mehr Aufgaben: ehrenamtliches Hauptvorstandsmitglied der GTB in Düsseldorf, AOK-Versichertenälteste, ehrenamtliche Arbeitsrichterin, Vorstandsmitglied des Internationalen Textil-Bekleidung-Leder-Verbands und schließlich Vorstandsmitglied der IG Metall.

»Tue Recht und scheue niemand.« Nach diesem Motto führte sie ihr Amt aus«, sagt Neidlein. So konnte sie auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln. Bis vor drei Jahren. Da erlitt sie mitten im Tarifikampf einen Herzinfarkt. Sie stellt fest, »dass ich mich um mich selbst kümmern muss«. 2005 legt sie alle Ämter nieder und geht in die Alters-

teilzeit, die Ende April im nächsten Jahr endet. Heute ist sie 62 Jahre alt. »Ich habe es zu meiner Zeit gemacht. Jetzt ist eine andere Zeit. Jetzt müssen meine Nachfolger ran«, sagt sie entspannt. »Alles was ich mache, ist mein Hobby. Auch nun in der Altersteilzeit muss mir alles Spaß machen.« Wie der Steiff-Club. Wer dort Mitglied ist, wird für einen kleinen Jahresbeitrag exklusiv informiert, was es bei Steiff Neues gibt.

Ende Juni erhielt Marianne Lutz zusammen mit 19 weiteren Frauen von Bundespräsident Horst Köhler den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. Der Grund liegt auf der Hand: Sie erhielt den Orden als Gewerkschafterin, als Bürgerin, als Frau, die sich für andere Menschen engagiert einsetzt – und als Vorbild für die Jungen bei Steiff. ■

Werner.Hoffmann@igmetall.de

RECHT SO

Wer zahlt, wenn Pendler spät zur Arbeit kommen?

metallzeitung: Streiks bei der Bahn, umgestürzte Bäume unterbrechen Verkehrsverbindungen, aufgrund Hochwassers ist eine Brücke unpassierbar, Straßen werden wegen Demonstrationen gesperrt. Was müssen Pendler beachten, wenn sie ohne eigenes Verschulden nicht pünktlich bei der Arbeit sind?

Carsten Schuld: Wann immer eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer nicht oder nicht pünktlich bei der Arbeit ist, gilt: Sie müssen sofort den Arbeitgeber informieren. Ist ein Beschäftigter verhindert, pünktlich zu kommen, unterscheidet die Rechtsprechung grundsätzlich zwischen »subjektiven« und »objektiven« Gründen.

»Subjektive« Gründe bestehen immer dann, wenn ein Arbeitnehmer durch Ereignisse, die seinen privaten Bereich betreffen daran gehindert ist, am Arbeitsplatz zu erscheinen. Dazu zählen beispielsweise Einbruch, Brand oder auch ein Verkehrsunfall. In diesen »subjektiven« Fällen besteht trotz der Verhinderung ein Anspruch auf Lohnfortzahlung.

»Objektive« Gründe liegen vor, wenn gleichzeitig viele Arbeitnehmer nicht pünktlich sind. In diesen Fällen liegt das so genannte Wegerisiko bei den Arbeitnehmern. Sie haben dann keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Auch dann nicht, wenn die Störung gar nicht von ihnen selbst verursacht wurde. Solche Gründe

sind beispielsweise Naturkatastrophen ebenso wie Staus durch Demonstrationen. Die Lasten bei der Entgeltfortzahlung sind also zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt. Es geht nicht um Schuld, sondern um Abwägung der Risiken.

Nun kann es in Fällen höherer Gewalt vorkommen, dass ein Arbeitnehmer zwar gerne arbeiten möchte, die Maschinen aber still stehen, weil zum Beispiel Sturmschäden den Betrieb lahm gelegt haben. In diesem Fall ist der Arbeitgeber grundsätzlich zur Zahlung des Gehalts verpflichtet.

Viele Tarifverträge enthalten übrigens Regelungen zu solchen Fällen. Und in Zweifelsfällen wissen IG Metall-Betriebsrat oder auch die Vertrauensleute der IG Metall die Einzelheiten solcher Regelungen.

Carsten Schuld,
Jurist beim DGB-
Rechtsschutz
beantwortet hier
jeden Monat Eure
Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE FÜR DIE MITGLIEDER

Tolle Angebote frei Haus

Mit der neu gegründeten Servicegesellschaft bietet die IG Metall ihren Mitgliedern noch mehr Service.

Ob Strom, Benzin, Steuern, Versicherungen oder Dienstleistungen: Alles wird teurer. Wirklich alles? Nein. Für Mitglieder der IG Metall gibt es seit Mai ein großes Plus: die eigene Servicegesellschaft. Hier werden mit Einsatz, Geschick und Gespür attraktive Angebote aufgestöbert, recherchiert, hart verhandelt, zusammengestellt und anschließend den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt.

Wie ist das möglich? Mit der Kraft einer starken Zielgruppe. Denn die Zielgruppe umfasst die gesamte Mitgliedschaft der IG Metall – also fast 2,4 Millionen Menschen. Dadurch schafft es die Servicegesellschaft, mit verschiedenen Anbietern exklusive Konditionen zu verhandeln. Und diese kommen den Mitgliedern direkt zugute. »Ein System, das hervorragend funktioniert«, freut sich Michael Semenow, Geschäftsführer der Servicegesellschaft.

Das Startpaket der Servicegesellschaft kann sich sehen lassen: Eine Zahnzusatzversicherung der Karstadt-Quelle Versicherung mit attraktiven Vorteilen, das kostenlose »MetallGiro«-Konto der 1822direkt-Bank mit kostenloser EC- und Kreditkarte sowie einem günstigen blau.de-Mobilfunktarif mit aktuellen Nokia-Handys zu Sonderpreisen. Und außerdem gibt es verbilligte Eintrittspreise bei der Autostadt in Wolfsburg sowie bei verschiedenen Musicals.

Die Servicegesellschaft mit Michael Semenow an der Spitze ist also tatkräftig bei der Sache. Zahlreiche weitere Produkte sowie Dienstleistungen sind noch geplant und werden derzeit verhandelt. Nach und nach wird so ein Angebot entstehen, aus dem sich Metallerinnen und Metaller vorteilhaft bedienen können. Semenow: »Da kann man sich in Zukunft auf einiges freuen.« ■

Preiswerter Eintritt

Die Autostadt in Wolfsburg bietet eine Reise in die Welt der Mobilität. Auf 25 Hektar gibt es Autos, Architektur, Ausstellungen und Attraktionen. Für Mitglieder der IG Metall gilt ab sofort ein ermäßigter Eintrittspreis von 13 Euro für Erwachsene und fünf Euro für Kinder.

Außerdem gibt es ein Angebot für IG Metall-Gruppen ab 20 Personen. Preis: 25 Euro (Schüler 19 Euro, altersunabhängig). Darin enthalten:

- eine Führung,
 - eine einstündige Werkstour
 - und ein Gastronomie-Gutschein über zehn Euro.
- Infos unter:
0800-288-67 82 38 oder
► www.autostadt.de

Infos direkt bei der Servicegesellschaft der IG Metall unter der Telefonnummer: 069-900-21 76-0 oder im Internet unter
► www.igmservice.de





SERVICE

Online-Konto zum Nulltarif

Die Bank 1822direkt – eine Tochter der Sparkasse Frankfurt – bietet in Zusammenarbeit mit der Servicegesellschaft der IG Metall allen Mitgliedern ein kostenloses Girokonto, das so genannte »MetallGiro«.

Darin enthalten:

- kostenlose Kreditkarte
- kostenlose EC-Karte
- kostenlose Online-Konto-führung
- »Umzugsservice« für die Umstellung bestehender Bankverbindungen und Daueraufträge

Auf das Konto gibt es derzeit – Stand August – Zinsen in Höhe von jährlich 0,5 Prozent. Unterlagen zum »MetallGiro« hat die

IG Metall vor Ort sowie die Servicegesellschaft
Telefon: 069-900-76-0.
Mehr Infos gibt es auch im Internet unter

- www.igmservice.de
- www.metallgiro.de



Foto: Michael Schinke

Geschäftsführer der Servicegesellschaft Michael Semenow macht Metallern und Metallern attraktive Angebote.



Foto: PR

Gemütlich von zu Hause aus:
Das neue kostenlose
»MetallGiro« kann online
geführt werden.

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Mit Recht gewehrt, gefeuert – und geehrt

metallzeitung traf Andreas Kleinschmidt (44) Betriebsratsvorsitzender beim Autohaus Gerstenmaier in Baden-Baden.

metallzeitung: Eure Geschäftsleitung will Dich rauswerfen?

Kleinschmidt: Sie sagen, ich hätte bei der Zeiterfassung manipuliert. Laut unserem Produktivitätskontrollsystem sollen wir bei jedem Tätigkeitswechsel extra stechen. Aber als Meister habe ich zwischendurch zig Gespräche mit Kunden und Kollegen. Jedesmal stempeln ist völlig realitätsfern. Das ist nur ein Vorwand. Seit meinem Amtsantritt letztes Jahr bin ich denen einfach ein Dorn im Auge. Der alte Betriebsrat hat ja vieles abgenickt.

metallzeitung: Wie wollen die denn die Kündigung durchsetzen?

Kleinschmidt: Nach dem Nein des Betriebsrats sind sie im Januar vor das Arbeitsgericht gezogen. Da haben sie glatt verloren. Jetzt versuchen sie es beim Landesarbeitsgericht. Zuvor haben sie mich auf der Weihnachtsfeier noch für 15 Jahre Loyalität geehrt.

metallzeitung: Warum bist Du Betriebsratsvorsitzender?



Foto: Privat

Andreas Kleinschmidt legte sich mit seinem Chef an.

Kleinschmidt: Die Rechts- und die Tarifverstöße häuften sich. Beispielsweise Verträge mit 45-Stunden-Woche, aber nur 36 Stunden bezahlt. Ich habe den Mund aufgemacht – und wurde gewählt. Wir kämpfen jetzt. Die Geschäftsleitung mobbt, bespitzelt und blockiert. Oft gehen die Konflikte erst über das Arbeitsgericht. Der ständige Druck motiviert mich nur noch mehr. Und wir haben die Unterstützung der IG Metall. Gerade mobilisieren wir gegen die Tarifflucht der Kfz-Arbeitgeber in Baden-Württemberg.

MENSCHEN, DIE BEWEGEN



Foto: Abenteuerhaus

Gegen Unwissen, Verdrängen und Ignoranz

Joachim (Aki) Franz (46), Metaller bei VW, hat in 22 Tagen fast 4000 Kilometer in Form einer riesigen Aidschleife durch ganz Deutschland auf dem Fahrrad bewältigt. Der Extremsportler war erstmals in Deutschland mit der »Aids Awareness Expedition« unterwegs, weil das Thema HIV und Aids auch hierzulande immer mehr Menschen betrifft.



Foto: Privat

Starker Einsatz von Metaller André Arenz

Die Verwaltungsstelle Olpe kann sich über fünf neue Betriebsräte freuen. Gewerkschaftssekretär André Arenz (30) überzeugte die Belegschaften, zu handeln. Mehr Demokratie im Betrieb gibt es jetzt bei Bals Elektrotechnik, Mauro Automotive, Vielhaber, Schnüttgen und Ebberts.

LAUT UND LEISE



Lange Kulturnacht in Beverungen

Am 15. September feiert das IG Metall-Bildungszentrum Beverungen die lange Kulturnacht. Zu sehen und zu hören: Rock, Folk, afrikanische und lateinamerikanische Musik, Chanson, Liedermacher, Kabarett und Theater. Über das ganze Jahr treten im Bildungszentrum Beverungen fast wöchentlich Künstlerinnen und Künstler auf. Die Kulturnacht ist der

Höhepunkt im Jahresprogramm. Eingeladen sind alle IG Metall-Mitglieder und alle weiteren Interessierten. Der Eintritt ist frei.

► www.igmetall.de/metallzeitung

Camps und Seminare für neue Azubis

In vielen IG Metall-Verwaltungsstellen, insbesondere im Osten, laufen zur Zeit Wochenend-Camps und -Seminare für die neuen Auszubildenden. Noch vor Beginn der Ausbildung lernen die Berufsanfänger



sich dort untereinander kennen, wie auch Betriebsrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung und die IG Metall. Neben Politik gehören Spiel, Sport und Spaß mit zum Programm. Die Verwaltungsstellen haben gute Erfahrungen gemacht: Mehr jugendliche Mitglieder, mehr Engagierte in der Jugend- und Auszubildendenvertretung

sowie im Ortsjugendausschuss. Azubi-Wochenenden gibt es unter anderem in den IG Metall-Verwaltungsstellen Ludwigsfelde, Potsdam, Leipzig, Zwickau, Berlin, Cottbus-Südbrandenburg, Bautzen, Halle und Magdeburg. Mittlerweile bieten auch einige West-Verwaltungsstellen, beispielsweise Salzgitter, Azubi-Wochenendcamps an. Am besten in eurer Verwaltungsstelle nachfragen, wo es in eurer Nähe ein Camp gibt.



Spielerisch das Arbeitsrecht erlernen

Wie oft darf ein befristetes Arbeitsverhältnis höchstens verlängert werden? Müssen neue Jobs grundsätzlich innerbetrieblich ausgeschrieben werden? Das Kartenspiel (sechs Euro) der Kollegin Annette Becker beantwortet die wichtigsten Fragen des Arbeitsrechts. Und wer am Schluss die »Chefkarte« in der Hand hält, verliert.

Infos bei Annette Becker (05571-915238) oder unter

► www.betriebsrat-aergere-dich-nicht.de

MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen oder Bücher von **metallzeitung**-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an:

► metallzeitung@igmetall.de

DER GUTE RAT

Nicht immer »Schniposa«

1,5 bis zwei Milliarden Essen werden jedes Jahr in Kantinen ausgegeben. Es soll schmecken, aber auch gesund sein.



Currywurst und »Pommes rot-weiß« sind immer noch heiß begehrt.

Am liebsten essen Bundesbürger »Schniposa«, Schnitzel, Pommes, Salat. Am zweitliebsten Spaghetti Bolognese, dicht gefolgt von Currywurst mit Pommes. Für Ernährungsexperten ist die Hitliste der Deutschen zum Haare raufen. Denn was gut schmeckt, ist meist nicht besonders gesund: zu fett, zu vitaminarm, zu unausgewogen. Und darum oft ein Genuss mit Reue. Zuerst schleichen sich Leistungsabfall, Konzentrationsschwäche, Kreislaufprobleme oder Kopfschmerzen ein. Und langfristig drohen dann sogar Volkskrankheiten wie Übergewicht, Diabetes, Bluthochdruck oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

»Das Kantinenessen wird besser«, beobachten allerdings Ernährungsberater wie Andrea Schauss von der Verbraucherzentrale Hessen. Immer mehr Menschen, die ihre Hauptmahlzeit in einer der bundesweit rund 11 000 Betriebskantinen zu sich nehmen, wollen wissen, was in den Speisen drin ist. Sind sie

frisch? Stammt das Fleisch aus artgerechter Haltung? Essen, was auf den Tisch kommt, basta – das ist vorbei. Gute Kantinen haben Kummerkasten oder Ansprechpartner für Verbesserungsvorschläge.

Auch Betriebsräte können vieles tun: Speisepläne in Kantinen gehören zu den Dingen, über die sie mitbestimmen. Zum Beispiel darüber, ob es eine Salatbar gibt. Und genug Abwechslung. Vollwertgerichte ohne Fleisch. Nahrungsmittel aus biologischem Anbau. Frisches Gemüse, reife Produkte der Saison und aus der Region statt solcher, die um die halbe Welt transportiert wurden.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung berät Firmen. Sie veranstaltet Seminare, bietet Informationen über gesundes Essen und vergibt ein Logo für ausgezeichnete Speisepläne. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

► www.dge.de

→ Gemeinschaftsverpflegung

RÄTSEL

1	2	3	4		5		6		7	8	9
10	12				11				12	7	
13		9			14			15	16		
		17		1			18		8		
19	20				21					22	14
23					24				25	26	
			27		11		28		5		29
30		31			32	33			34		
		35	2		36		37	16	38		39
40	41	4			42	43			44		
45			46		17		47	10			48
49	13	50			51	52				53	6
		54	15		55				56		
57						58			3		

WAAGERECHT

- 1 Vorstadt von Venedig
- 6 Nasenlaut
- 10 gegen... (griech.)
- 11 in der Art von (französisch)
- 12 Reifeprüfung (Kzw.)
- 13 amerikanischer Erfinder †
- 15 Nuss- oder Mandelkonfekt
- 17 Gegner Luthers
- 18 plötzlicher Einfall
- 19 Nachtlokal
- 22 Stadt in Babylonien
- 23 Autokennzeichen von Ebersberg
- 24 Fisch
- 25 Autozeichen für Äthiopien
- 27 kurz für: in das
- 28 plötzliches scharfes Geräusch
- 30 Notobdach
- 32 nordische Totengöttin
- 34 Meeresbucht
- 35 Diagramm der Hirnströme (Abk.)
- 37 englische Bejahung
- 39 Abkürzung für den neueren Bibelteil
- 40 Handlungsweise
- 42 keiner
- 45 französische Präposition
- 46 jetzt, in diesem Moment
- 47 ärztliche Gehilfin (Abk.)
- 49 blasser Farbton
- 51 deutscher Schlagerkomponist † (Peter)
- 54 Hausveränderung
- 56 Kurort am Gardasee
- 57 ostfriesische Hafenstadt
- 58 Artistenfahrrad

SENKRECHT

- 1 langes, wallendes Haar
- 2 Schluss (engl.)
- 3 schmale, steile Treppe
- 4 Möbelstück
- 5 Strichcode auf Waren (Abk.)
- 6 südamerikanischer Laufvogel, Pampasstrauß
- 7 uralte Erzählung
- 8 sackartiger Arabermantel
- 9 Hohl- und Flüssigkeitsmaß
- 14 Kohlenwasserstoff in Benzin und Erdöl
- 16 Trainieren
- 18 Rheinzufuss bei Straßburg
- 20 afrikanischer Storchvogel
- 21 Barzahlung
- 22 deutscher Dichter, † 1862 (Ludwig)
- 26 Karteikartenreiter
- 27 französisch: Insel
- 28 Zwangslage
- 29 ehemalige italienische Währung (Abk.)
- 30 Schlagader
- 31 japanische Währung
- 33 Auge (engl.)
- 36 afrikanische Kuhantilope
- 38 Planet mit Ringsystem
- 41 Weltorganisation
- 43 Dynastie im alten Peru
- 44 Zenitgegenpunkt
- 46 Personenbezeichnung
- 48 Temperaturmaßeinheit
- 50 Abkochbrühe
- 52 Straße (frz.)
- 53 biblische Stammutter
- 55 Autokennzeichen von Bonn

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

Die Gewinner

Lösung des Drei-Monats-Rätsels
Teil 4 bis 6:

Wenn du zeigen willst, was in dir steckt, lass die Sau raus.

Erster Preis:

Georg Grahn, Schöningen,

Zweiter Preis

Herbert Klink, Filderstadt,

Dritter Preis:

Heinrich Krüge, Bocholt.

Die ACE-Klubmitgliedschaft:

Otto Schnitzer, Pforzheim

Lösungswort aus Juni:

Friedenspflicht

Der Zusatzgewinn im Juni:

je ein IG Metall-Fußball geht an

Karl Ordnung, Bayreuth

Falko Scheele, Kiel.

Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis

Drei Tage für zwei Personen im IFA-Apparthotel Breitach *** in Mittelberg im Kleinwalsertal.



Zweiter Preis

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«.



Dritter Preis

Ein Schreibkasten-Set von Schwan-Stabilo.

Sonderpreise: Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung

■ einen IFA-Gutschein im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung) sowie

■ zwei IG Metall-Fußbälle.

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und senden an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60146 Frankfurt.

DA GEHT WAS

Deutschkurs dank IG Metall

Der Betriebsrat des Düsseldorfer Lkw-Teileherstellers Styria Federn wollte es genau wissen: Wie steht es eigentlich um die Qualifizierung der ausländischen Beschäftigten? Gesagt, gefragt und siehe: Ob Jung oder Alt – ausländische Beschäftigte sind interessiert und motiviert, einen Sprachkurs zu besuchen.



Betriebsratsvorsitzender Gürkan Kahraman (Mitte) freut sich über den Deutschkurs seiner Kollegen.

Beim Lkw-Teilehersteller Styria in Düsseldorf ist Globalisierung Alltag: Auf der ganzen Welt rollen Brummis von Mercedes und MAN mit Styria-Federung. Und auch die 140 Beschäftigten kommen von überall her. Etwa 60 Prozent von ihnen sind Migranten. Die meisten stammen aus der Türkei. Sie sind vor vielen Jahren nach Deutschland gekommen. Doch mit der deutschen Sprache haben viele immer noch ein Problem. Das war Gürkan Kahraman, Betriebsratsvorsitzender bei Styria, schon lange ein Dorn im Auge.

Menschen ausländischer Herkunft haben wertvolle Fähigkeiten: Sie sind mehrsprachig und in vielen Kulturen zu Hause. Vorteile, die Firmen leider zu selten nutzen. Im Gegenteil, Probleme mit der deutschen Sprache werden ein immer größeres Problem. Die Ansprüche im Beruf sind gestiegen. Kommunikation wird immer

wichtiger. Und Sprachbarrieren erschweren den Arbeitsablauf. »Die Qualitäts- und Sicherheitsstandards in der Branche sind hoch. Heute gehen die Anforderungen im Betrieb deutlich über die früher üblichen Handlangerarbeiten hinaus«, erklärt Kahraman.

Ein Problem, das auch den Personalverantwortlichen bei Styria bewusst ist. Mit Hilfe des Betriebsrats wurde deshalb eine so genannte »Qualifizierungsbedarfserhebung« unter der ausländischen Belegschaft gestartet. Die Frage: Gibt es Bedarf nach berufsbezogenen Sprachkursen? Das Ergebnis: 37 von 44 Befragten haben Interesse, einen Deutschkurs zu besuchen.

Für Gürkan Kahraman war wichtig, dass die Mitarbeiter keine Angst vor der Befragung haben mussten. Denn nur so antworteten sie ehrlich. Wie ehrlich, zeigt ein weiteres Ergebnis: Etwa 47 Prozent der Befragten haben Schwierigkeiten, schriftliche Weisungen am Arbeitsplatz zu verstehen, 29 Prozent verstehen mündliche nicht. Interessant: Etwa 71 Prozent der Befragten sehen mangelnde Sprachkenntnisse als größtes Hindernis, sich weiterzubilden.

Für Betriebsrat Kahraman ist das einer der Gründe, warum sich ausländische Arbeitnehmer seltener weiterbilden. Viele verstehen gar nicht, welche Bildungsangebote es gibt. Die anderen sind zwar interessiert, werden aber vom Arbeitgeber nicht unterstützt und müssen ihre Maßnahmen selbst bezahlen. Das Interesse der ausländischen Beschäftigten, ihre sprachlichen und beruflichen Kenntnisse zu erweitern, verblüffte die Firmenchefs. Darum unterstützten sie auch die Idee des Betriebsrats. Nihat Öztürk von der IG Metall Düsseldorf und das Beratungsnetzwerk »Pro Qualifizierung« halfen dem Betriebsrat und der Unternehmensleitung bei der Befragung, Auswertung und Umsetzung.

Die Schulung dauert insgesamt zehn Tage à acht Stunden auf zwei Monate verteilt. Bisher absolvierten 17 Beschäftigte den Sprachkurs. Die anderen sollen bald folgen. Die Kurse finden im Betrieb statt. In dieser Zeit sind die Beschäftigten bezahlt freigestellt. Die Kosten für die Schulung und für die Freistellung werden von der Bundesagentur für Arbeit übernommen.

Acht Stunden büffeln ist für die »Schüler« eine ungewohnte und anstrengende Situation. Schließlich liegt für die meisten die Schulzeit – also die Zeit des Lernens – lange zurück. »Aber bereits am nächsten Tag hatten die Kollegen die Möglichkeit, ihr neues Wissen am Arbeitsplatz einzusetzen«, freut sich Kahraman. Er ist zuversichtlich: »Unser bisher ältester Teilnehmer war ein 54-jähriger Türke, der seit über 20 Jahren im Betrieb am Zuschnitt arbeitet. Auch er hat es geschafft. Alle sind hoch motiviert, ihre Defizite auszugleichen. Und: Sie fühlen sich und ihre Arbeit wertgeschätzt.« ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.pro-qualifizierung.de

Beratungsnetzwerk »Pro Qualifizierung«

Migrationsberater: Ömer Saglam

Telefon: 0211-43 01-181

E-Mail: oemer.saglam@dgb-bildungswerk.de

AUCH ANDERE HABEN IDEEN

Erwerbslose erkämpfen Beihilfe für Schulsachen

Auf Initiative der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (Also) zahlt die Stadt jetzt Schul- und Lernmaterial für Einkommensschwache.

In Oldenburg haben Kinder von Eltern mit geringem Einkommen, wie Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Wohngeld, Anspruch auf 50 Euro für Schulkosten je Halbjahr. Dies hat der Stadtrat auf Initiative der Also beschlossen. Dafür stehen 200 000 Euro in einem Fonds bereit, der 2008 weiter auf 400 000 Euro aufgestockt wird. »Mit Hartz IV wurden die einmaligen Beihilfen für Sozialhilfeberechtigte gestrichen«, erklärt der Also-Mitarbeiter Michael Bätig. »Die Menschen werden mit den Kosten für Bücher, Schreibwaren

und Klassenfahrten allein gelassen. Im ALG II-Regelsatz für Kinder ist dafür nichts vorgesehen. Der ist sogar niedriger, als bei der früheren Sozialhilfe. Ein Skandal. Da muss – und kann – die Kommune in die Bresche springen.«

Die Also-Kampagne »Hartz IV und die Schulkosten« lief im Juli des vergangenen Jahrs an. Die Also verteilte Flugblätter, veranstaltete Versammlungen sowie Pressekonferenzen, überzeugte Politiker und machte zudem konkrete Finanzierungsvorschläge. Der Haus-



Foto: Alexander Bernhard/CHROMORANGE / pa

Nicht alle Kinder haben Geld für Schulhefte. Die Also will das ändern.

halt konnte ohne zusätzliche Verschuldung umstrukturiert werden. Das Oldenburger Beispiel hat Signalwirkung. Auch andere Initiativen sind jetzt dabei, Beihilfen für Schulkosten zu erkämpfen. Beispielsweise in Berlin, Fürth, Bonn oder Emden. In Osnabrück, Göttingen und im Kreis Dahme-Spreewald in Brandenburg gibt es bereits Lösungen. Zum neuen

Schuljahr fanden viele Protestaktionen im Rahmen der Kampagne »Reiches Land – Arme Kinder. Einkommen zum Auskommen« gegen die Benachteiligung von Hartz IV-Schulkindern statt. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

- www.igmetall.de/metallzeitung
- www.erwerbslos.de
- www.also-zentrum.de

Anzeige

VOLKSWAGEN BANK *direct*

Plus Konto TopZins



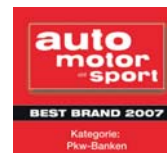
4% Tagesgeldzins.

Jetzt müssen sich andere Banken was einfallen lassen.

Da staunt nicht nur die Konkurrenz. Profitieren Sie als Neukunde ab sofort von 4% Zinsen p. a. für bis zu 20.000,- Euro. Auch die weiteren Vorteile werden Ihnen gefallen:

- Zinseszins-Effekt durch monatliche Zinsgutschrift
- freie Verfügbarkeit des Guthabens
- gebührenfreie Kontoführung

**Zinssatz garantiert –
bis zum 29.02.2008!**



Informieren Sie sich gleich über unser Kennenlern-Angebot:



Service-Telefon
(0180) 377 477 8 (0,09 €/Minute)
Montag bis Freitag: 8.00 bis 20.00 Uhr
Samstag: 9.00 bis 15.00 Uhr



Internet
www.volkswagenbank.de

Wenn Rücken drücken

Fast 70 Prozent aller Menschen in Deutschland leiden ständig oder gelegentlich unter Rückenschmerzen. Damit sind die Schmerzen an der Wirbelsäule die Volkskrankheit Nummer 1. Nach Grippe und Erkältungen sind sie der häufigste Grund für Arztbesuche. Bei Männern verursachen Rückenschmerzen die meisten Arbeitsausfälle. Bei Frauen stehen sie an zweiter Stelle. Die Einsicht, dass es Sinn macht vorzubeugen, kommt meist erst, wenn die Schmerzen nicht mehr aufhören. Oder wenn die Bandscheibe schon ein Fall für den Chirurg ist. Dabei lässt sich einiges tun, damit es soweit gar nicht erst kommt. Häufig sind die Arbeitsbedingungen schuld an den Beschwerden. Wie sie verbessert werden können, dafür haben die IG Metall und »Ergo (Gesellschaft Arbeit und Ergonomie) – online e.V.« Informatives zusammengetragen und Vorschläge gemacht: »Halt dich fit im Handwerk« heißt die IG Metall-Broschüre. Sie kostet 4,80 Euro plus Porto und Mehrwertsteuer. Mehr Infos unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung
Infos zur Gestaltung von Bildschirm-Arbeitsplätzen, zur Arbeitsorganisation, Übungen fürs Büro und anderes mehr sind auf der Homepage von Ergo online zu finden unter:
► www.ergo-online.de

Stress-Barometer

Arbeitstempo, Termindruck, überlange Arbeitszeiten: Stress macht krank. In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Störungen mehr als vervierfacht. Wer etwas ändern will, muss allerdings die genauen Ursachen für Stress kennen. Die IG Metall hat ein »Stress-Barometer« entwickelt. Das ist ein Fragebogen, mit dem Arbeitszeit sowie Arbeitsabläufe und vieles mehr auf dem Computer erfasst werden können. Broschüre und CD kosten 4,80 Euro plus Porto und Mehrwertsteuer.

► www.igmetall.de/metallzeitung

ARBEIT

UNSERE TIPPS

Mehr Rechte und Geld für Studierende im Betrieb

Einfach nebenher etwas Geld oder langfristig einen Fuß in der Tür. Ferienjob, Praktikum, fachnahe Arbeit, duales Studium – für Studierende gibt es unterschiedliche Ziele und Wege im Betrieb. Ebenso groß sind die Unterschiede bei ihren Rechten und Arbeitsbedingungen.



»Habe ich einen guten Vertrag«, fragen sich immer mehr Werkstudenten.

Sie arbeiten als Ferien- und Teilzeitjobber, Praktikanten oder dual Studierende: Werkstudenten. Der klassische Studentenjob ist eine einfache Tätigkeit zum Aufbessern des Budgets, ohne Studiumsbezug. Ein Praktikum hingegen soll Berufspraxis und -chancen bringen. In vielen Studiengängen sind Praktika Pflicht. Im Zuge der Massenarbeitslosigkeit haben die Praktika deutlich zugenommen – immer öfter unbezahlt.

Und doch gibt es Studenten, die ihrem Studienfach entsprechend qualifiziert im Betrieb arbeiten und Geld verdienen, meist in technischen Fächern. Schließlich sind da noch Studenten in so genannten dualen Studiengängen, bei denen die Hochschultheorie mit einer betrieblichen Berufsausbildung verzahnt ist. Entsprechend viele bewerben sich auf die limitierten Plätze bei zumeist größeren Unternehmen. Bundesweit

gibt es fast 700 duale Studiengänge mit über 40 000 Studenten, die Hälfte davon in Baden-Württemberg, wo 1973 das Projekt »Berufsakademie« startete.

Bei den Rechten von Werkstudenten gibt es große Unterschiede und strittige Auffassungen. Bis auf die Pflichtpraktikanten gelten Studenten als Arbeitnehmer. In der Praxis jedoch werden ihnen nach Betriebsverfassungsgesetz zustehende Arbeitnehmerrechte abgestritten. Immerhin: Jobbende Studenten zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge, wenn sie in den Ferien höchstens zwei Monate oder nebenher weniger als 20 Wochenstunden arbeiten. Dual Studierende hingegen werden als Auszubildende behandelt. Sie unterliegen normalerweise jedoch nicht dem Berufsbildungsgesetz, sondern den speziellen Landesgesetzen.

Auch die Arbeitsbedingungen sind uneinheitlich. In der Regel sind Studenten von Tarifverträgen ausgeschlossen und bekommen weniger Geld, als andere Beschäftigte mit gleicher Arbeit. Die Bezahlung ist willkürlich und schwankt stark von Betrieb zu Betrieb. Die IG Metall kritisiert, dass Studierende als Niedriglöhner missbraucht werden und fordert die Tarifbindung. In einigen Betrieben ist dies Betriebsrat und IG Metall gelungen, etwa bei VW, Sartorius und Mahr in Göttingen, sowie bei Bosch-Siemens-Hausgeräte. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung
► www.students-at-work.de

SO GEHT ES BESSER

Weiterbildung für eine sichere, bessere Zukunft

Im Projekt »Du kannst mehr« bei Hella in Hamm qualifizierten sich 25 Montierinnen zu Maschinenbedienerinnen.

Nach neun Monaten innerbetrieblicher Weiterbildung bedienen die 25 ehemaligen angelernten Montierinnen jetzt komplexe Maschinen. Sie werden entsprechend höher eingruppiert und bekommen mehr Geld. Vor allem jedoch sichern die Frauen ihre eigene Zukunft. Denn auch beim Autzulieferer Hella ist einfache Montagearbeit immer mehr bedroht. Zum einen von der Verlagerung in Billiglohnländer, andererseits durch die zunehmende Automatisierung.

Die Idee zum Projekt »Du kannst mehr« kam vom Betriebsrat. »Es ging uns um Beschäftigungssicherung durch Qualifizierung«, sagt die Betriebsratsvorsitzende Susanna Hülsbömer. »Doch auch die Werkleitung war schnell begeistert.«

Das Unternehmen verspricht sich mehr Innovationskraft und Flexibilität, mehr Motivation und bessere Arbeit. Zudem wird das bereits vorhandene Wissen der Frauen langfristig im Unterneh-

men gesichert. Mit der »Werkstatt im Kreis Unna« hat das Unternehmen einen regionalen Qualifizierungsträger als Partner gefunden. Die Werkstatt hat die Weiterbildung der Frauen fachlich begleitet und öffentliche Fördergelder beschafft. Mittlerweile sind fünf weitere Unternehmen in das Projekt »Du kannst mehr« einbezogen worden.

Das Geld für das Projekt kommt zur Hälfte vom Europäischen Sozialfonds und vom Land Nordrhein-Westfalen. Den Rest tragen die beteiligten Unternehmen.

Und es geht weiter: Die Bundesagentur für Arbeit fördert jetzt weitere Qualifizierungsmaßnahmen bei Hella, mit Mitteln des Agentur-Sonderprogramms »Wegebau«. Seit Anfang August machen fünf weitere Montagearbeiterinnen eine bezahlte Ausbildung zur Mechatronikerin. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung
 ► www.du-kannst-mehr.eu



Foto: Patrick Dehmel

Dank Qualifizierung ist Jolante Kott jetzt Maschinenbedienerin.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Jens Wolf / ZB / pa

Für Biokraftstoff wird stark geworben, wie hier an einer Autobahn.

Rapsöl: Der Biokraftstoff hat erhöhtes Krebsrisiko

Die Gesundheitsgefahren des Biokraftstoffs sind laut einer Studie 10 bis 30 Mal so hoch wie bei herkömmlichen Diesel.

Viele Transportunternehmen haben ihre Lkw-Flotte auf Rapsöl umgerüstet. Rapsöl wird steuerlich begünstigt und ist deshalb billiger. Doch der Treibstoff (rund 70 Cent pro Liter) stinkt nicht nur, sondern hat laut einer Studie ein erhöhtes Krebspotenzial. Der Arbeitsmediziner Jürgen Büniger vom Berufsgenossenschaftlichen Institut für Arbeitsmedizin (BGFA) an der Universität Bochum fand heraus, dass die so genannte Mutagenität um das zehn- bis 30-Fache ansteigt. Einfacher gesagt: Wird Rapsöl als Kraftstoff eingesetzt, ist die erbsubstanzschädigende Wirkung gegenüber Diesel deutlich erhöht. In der Studie fand Büniger heraus, dass modifiziertes Rapsöl, das weniger zähflüssig ist, ein noch schlechteres Ergebnis erzielt. Bei diesem Kraftstoff steigt die Mutagenität sogar um das 30-Fache. Weitere Infos unter ► www.bgfa.ruhr-uni-bochum.de, Stichwort Rapsöl.

Laut Studie lauern Gefahren für Beschäftigte. Besonders betroffen: Berufskraftfahrer, die täglich den Emissionen ausgesetzt sind. Generell sind auch Arbeitsplätze – wie Kfz-Werkstätten – gefährdet, wo Beschäftigte die Abgase direkt einatmen. Das Verwenden von Rapsöl im Haushalt zum Anbraten ist laut Bundesinstitut für Risikobewertung dagegen unbedenklich. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, das es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand. Per E-Mail an:

► metallzeitung@igmetall.de

DIE MONATSÖKONOMIN

Mangelhafte Bildung macht arm

Jutta Allmendinger, Leiterin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, sagt zum Thema Bildungsarmut: Gut ein Fünftel aller Jugendlichen verlässt die Schule ohne ausreichende Kompetenzen. Die Folge: Sie finden keine Ausbildung und keine Arbeit. Wer Armut bekämpfen will, muss bei der Bildung anfangen.



Foto: David Auserhofer / Wissenschaftszentrum Berlin

Die Soziologin Jutta Allmendinger leitet das WZB in Berlin.

Armut hängt nicht nur vom Geldbeutel ab. Armen Menschen mangelt es nicht immer an Einkommen. Oft fehlt ihnen eine Perspektive: Sie leiden unter Bildungsarmut. In Deutschland verlässt jeder Zehnte die Schule ohne Abschluss. Die Folge: Diese Schulabgänger bekommen keine Ausbildung, keinen Arbeitsplatz

und keine Anerkennung. Doch ein Schulabschluss garantiert jungen Menschen keine sichere Zukunft. Die Kompetenzen, die ihnen das Bildungssystem vermittelt, reichen oft nicht aus. Immerhin jeder fünfte Jugendliche versteht beim Lesen den Inhalt eines Textes nicht. Beide Formen der Bildungsarmut fallen nicht

notwendig zusammen. Die Menschen mit Zertifikaten können kompetenzarm sein und umgekehrt. Dies zeigt sich besonders im Vergleich von Bundesländern und OECD-Staaten. Die Rangordnungen unterscheiden sich sehr, je nachdem, ob wir Kompetenzen oder Zertifikate zu Grunde legen.

Bildungsarmut ist kein unabwendbares Schicksal. Sie hängt vom Bildungsangebot und vom Zugang zur Bildung ab, das sich eine Gesellschaft leistet oder, wie in Deutschland, eben nicht leistet. Dies hat spätestens die Pisa-Studie gezeigt. In keinem Land hängen Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft ab wie hierzulande.

Dieses Ergebnis verweist auf einen seit langem bekannten Faktor: Welche Schule oder Schulform Schülerinnen und Schüler besuchen, hängt nicht nur von ihren tatsächlichen Lernpotenzialen ab. Es spielen auch andere Fragen eine große Rolle: Aus welchem Elternhaus kommen die Kinder? Welche Sprache sprechen sie? Über welche Umgangsformen und welche Motivation verfügen sie? Wie engagieren sich die Eltern? Wie werden die freien Nachmittage in unserem Halbtagschulsystem gelebt? Haben sie

Kindergärten besucht, in welcher Qualität? All diese Faktoren beeinflussen die Entscheidungen der Eltern, der Lehrer und die Erwartungen der Jugendlichen.

Wenn wir Bildungsarmut bekämpfen wollen, müssen wir mehr in Bildung investieren. Deutschland ist das einzige Land, das sich eine Halbtagschule leistet und sich dabei auch noch einbildet, es könne damit Kinder von Zuwanderern integrieren. Eine Schulpflicht bis 16 Uhr würde die Chancen vieler junger Menschen deutlich verbessern. Die Bildungsforschung kennt viele Elemente einer besseren Förderung von Kindern. Ihr forschender Blick auf Erfahrungen im Ausland kann uns zeigen, wie eine frühe Förderung möglich ist und sich Bildungsarmut verringern lässt. Am Geldmangel kann und darf der Kampf gegen Bildungsarmut nicht scheitern. Bildungspolitik ist präventive Arbeitsmarktpolitik, die sich auszahlt. Zurzeit wendet die Bundesagentur für Arbeit jedes Jahr drei Milliarden Euro auf, um jenen zu helfen, die häufig aufgrund mangelnder Bildung keine Ausbildung erhalten haben. Für diese Jugendlichen ist es fast schon zu spät. Das müsste und das dürfte nicht sein. ■

Zur Person

Jutta Allmendinger leitet seit 1. April das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Zuvor stand die Soziologin dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg vor. Allmendinger studierte Soziologie in Mannheim und Wisconsin (USA) und promovierte an der Universität Harvard. Von 1988 bis 1991 arbeitete sie am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und als Gastwissenschaftlerin an der Harvard Business School. Sie arbeitete am Familienbericht der Bundesregierung mit und ist seit 2006 Mitglied des Wissenschaftsrats.

Mehr zum Thema

Den Begriff Bildungsarmut prägte Jutta Allmendinger. Die neue Leiterin des WZB beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Thema Bildung. Sie fordert bessere Betreuungsangebote und eine Schulpflicht bis 16 Uhr, um Bildungsarmut erfolgreich zu bekämpfen. Auf der Internetseite des WZB gibt es eine Zusammenstellung von Medienberichten. Hier finden sich auch Artikel und Interviews zum Thema Bildungsarmut.

► Auf der Seite www.wz-berlin.de kommt man über »Aktuelles« zu der Rubrik »WZB in den Medien«.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Arbeitslosenbeitrag

Die Bundesagentur für Arbeit macht dieses Jahr wahrscheinlich Milliarden Euro Überschüsse. Politiker und Wirtschaft fordern deshalb: Beiträge senken. Ist das wirklich eine gute Idee? Nein. Die Gewerkschaften haben bessere Vorschläge.

Die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit werden überwiegend durch Beiträge finanziert. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen sie je zur Hälfte. Seit Januar liegen sie bei 4,2 Prozent des Bruttoentgelts (bis zu einer Einkommensgrenze von 5 250 Euro im Westen und 4 400 Euro im Osten). Bis 2006 betrug der Beitrag 6,5 Prozent. 2006 erwirtschaftete die Bundesagentur elf Milliarden Euro Überschuss, im ersten Halbjahr dieses Jahres 1,34 Milliarden. CDU- und FDP-Politiker sowie Arbeitgeberverbände fordern darum, die Beiträge zu senken: auf 3,2 bis 3,5 Prozent.

»Wir sind für Beitragssenkungen offen – wenn sie solide finanzierbar sind«, sagt Wilhelm Adamy, Arbeitsmarktexperte des DGB. »Aber hier soll schon etwas verteilt werden, was noch gar nicht erwirtschaftet wurde.« Denn ab 2008 hat die Bundesagentur jährlich etwa 2,5 Milliarden Euro

Einnahmen weniger. Weil die Regierungskoalition beschlossen hat, den Beitragssatz zum 1. Januar 2008 um weitere 0,3 Prozentpunkte zu senken.

»Keine Sozialversicherung ist außerdem so krisenanfällig wie die Arbeitslosenversicherung«, sagt Adamy. »Beim nächsten Konjunkturunbruch können die Überschüsse wieder schmelzen wie Schnee in der Sonne.« Und seit 2006 übernimmt der Bund keine Defizithaftung mehr.

Droht ein Minus, entsteht sofort Druck, die Leistungen zu kürzen. Der DGB schlägt darum vor, eine Liquiditätsreserve aufzubauen. Außerdem fordert er angesichts des Fachkräftemangels und der Probleme An- und Ungelernter auf dem Arbeitsmarkt eine Qualifizierungsoffensive. Und drittens: »Ältere« sollen wieder länger Arbeitslosengeld erhalten: ab 45 Jahre drei Monate, ab 50 Jahre ein halbes Jahr zusätzlich. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr zum Thema

»Wohin mit den Überschüssen der Arbeitslosenversicherung?

Plädoyer für eine 9-Milliarden-Finanzreserve bei der BA – in der Zeitschrift »Soziale Sicherheit« begründet Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy Alternativen des DGB. Dazu gehört auch: mehr Geld für Qualifizierungen. 2001 konnten noch 352 000 Menschen an Maßnahmen teilnehmen. Seitdem wurden sie massiv zurückgefahren: Nur noch 118 000 Menschen wurden 2006 qualifiziert.

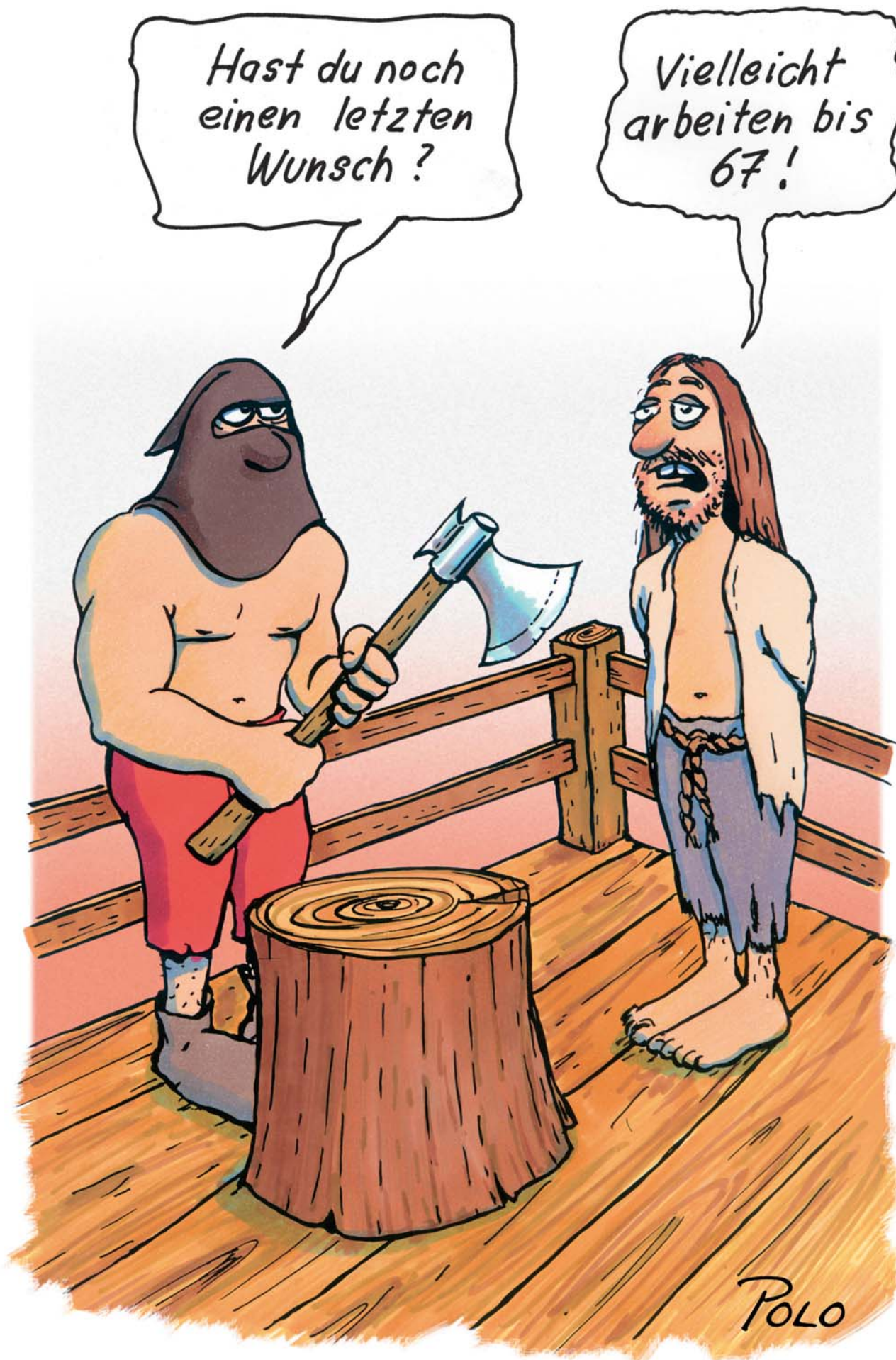
► DGB: »Soziale Sicherheit«, 6/7 2007, Arbeitsrecht im BetriebsVerlag (www.aib-verlag.de), Preis: neun Euro (inkl. Porto).

Alle sollen was tun

Aus den Auspuffen von Neuwagen dürfen ab 2012 im Schnitt höchstens noch 130 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro Kilometer in die Umwelt entweichen. Darauf hat sich die EU-Kommission festgelegt. Zurzeit sind es über 160 Gramm. Heftigen Zoff gibt es unter den EU-Ländern über die Frage, ob jedes einzelne Fahrzeug nur noch 130 Gramm ausstoßen darf oder alle Wagen zusammen im Durchschnitt diesen Wert erreichen müssen. 130 für jeden PKW würde vor allem den Herstellern der Premium-Fahrzeuge hohe technische Investitionskosten abfordern. Für die Kleinwagen hingegen hätte sich nicht viel geändert. Vor allem deutsche Produzenten sahen sich dadurch benachteiligt. Die IG Metall hat eine Differenzierung nach Fahrzeugklasse gefordert. Alle Modelle sollen weniger CO₂ in die Umwelt pusten, auch die kleinen, und so der Durchschnittswert auf 130 Gramm sinken. Eine solche differenzierte Abgasnorm erwägt neuerdings auch die EU-Kommission.



KARIKATUR



Die IG Metall Servicegesellschaft und blau.de präsentieren
das blau.de-Startpaket – exklusiv für IG Metall-Mitglieder!



„Da bist Du von den Socken! – Metaller telefonieren jetzt billiger!“

Bestellung und weitere Infos:

www.igmservice.de und www.blau.de/igm

Hotline* für Metaller: 0180 500 91 96

*14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz

blau.de-
Startpaket für nur
9,95 €

statt 19,95 €

inkl. 10 Euro
Startguthaben und
5% Aufladebonus!

Aktion bis
31.12.07

10
Cent/SMS
in alle Netze

75
Cent/Minute
in alle Netze

5
Cent/Minute
von blau zu
blau.de

Startpaket inkl.:



- ✓ SIM-Karte
- ✓ 10 € Startguthaben
- ✓ 5% Aufladebonus über 2 Jahre
- ✓ ab 0 Cent/min telefonieren IGM-Mitglieder untereinander

Ein Tarif. Rund um die Uhr.

Keine Vertragsbindung. Keine Grundgebühr.

Und das "on top": Handys
zum Vorzugspreis nur für
IG Metall-Mitglieder!!!
Nokia 1110i für nur **39,99 €**
Nokia 6080 für nur **94,99 €**



Abgabe nur an Personen über 16 Jahre

blau.de

Sei schlau, telefonier blau.

Sparen Sie über 70,- Euro

und genießen Sie die perfekte Passform dieser Original Büffel-Lederhose

3,8 cm Bundbreite, für Gürtelbreiten bis 4 cm

eine kleine Münztasche rechts

zwei Gesäßtaschen

Farbe dunkelbraun

reißfest bis 130 kg/cm²

Extra-weiches Büffel-Leder

Vier stabile Knöpfe

Zwei sogenannte „Bananentaschen“

Taschenfutter aus 100% Baumwolle

mit stabilen Zwirnfäden vernäht

PERSONAL SHOP
Einkaufen zu Vorteils-Preisen

henson®
HENSON

Katalog
GRATIS
anfordern



5-Sterne-Personal-Garantie

- ★ **Höchster Qualitäts-Standard**
- ★ **Direkt vom Importeur oder Großhandel**
- ★ **Bis zu 64% Preisvorteil**
- ★ **Doppelte Garantiezeit**
- ★ **Einfaches Umtauschen und Zurückgeben**

24h täglich persönlich für Sie da

0 180/ 104 0 104

www.personalshop.net

FAX 0 180/ 117 117 1

2 Jahre
Voll-Garantie
auf Textilwaren

*statt 181,00
Personal-Rabatt
Personal-Preis

€ 109.99

Art.Nr. 31446



Für Sie + Ihn

bis zu den Knien
satin-gefüttert

Länge: mit jeder Schere
individuell abschneidbar

Ihre Größe

Er	42	43	44	46	48	48-50	50	52	54	56
Sie	34	36	38	38-40	40	42	42-44	44	46	-

= Bestellgröße

Inch	27	28	29	30	31	32	33	34	36	38
------	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

PERSONAL-BEZUGSSCHEIN mit 20 Tage Umtausch- und Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	Einzelpreis €
	31446		Original Büffel-Lederhose	109,99

Aktueller Personal-Shop-Katalog

GRATIS

Absender (bitte deutlich ausfüllen): ☐ Frau ☐ Herr

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

Geburtsdatum

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs. Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Deutschland und solange Vorrat reicht.

Angebot gültig für
„metall“- Leser

Aktion Nr.
9089

Diese Büffel-Lederhose ist der Verkaufshit in Amerika. Bekannte Hollywood-Größen tragen sie zu allen Anlässen. Diese Lederhose wirkt zum Sakko genauso elegant wie zum T-Shirt oder Pullover in der Freizeit. Gefertigt im klassischen Gerade-Schnitt wird bei dieser Hose nur besonders weiches und geschmeidiges Büffel-Leder verwendet. Bis zu den Knien ist sie mit einem seidenweichen Satin-Stoff gefüttert.

Das geschmeidige Büffel-Leder dehnt sich durch die Körperwärme und passt sich immer perfekt Ihrem Körper an. Die Hosenbeine können Sie mit einer einfachen Haushalts-Schere individuell auf Ihre Länge abschneiden. Mit dieser legendären Büffel-Lederhose sind Sie immer in bester Gesellschaft. Greifen Sie schnell zu. Dieser Preis ist wirklich sensationell.

„Büffel-Lederhose“
dunkelbraun Art.Nr. 31446

Personal Shop Handels-GmbH

Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.

*Stattpreise
beziehen sich
auf Hersteller-
Listenpreise

zusenden an: